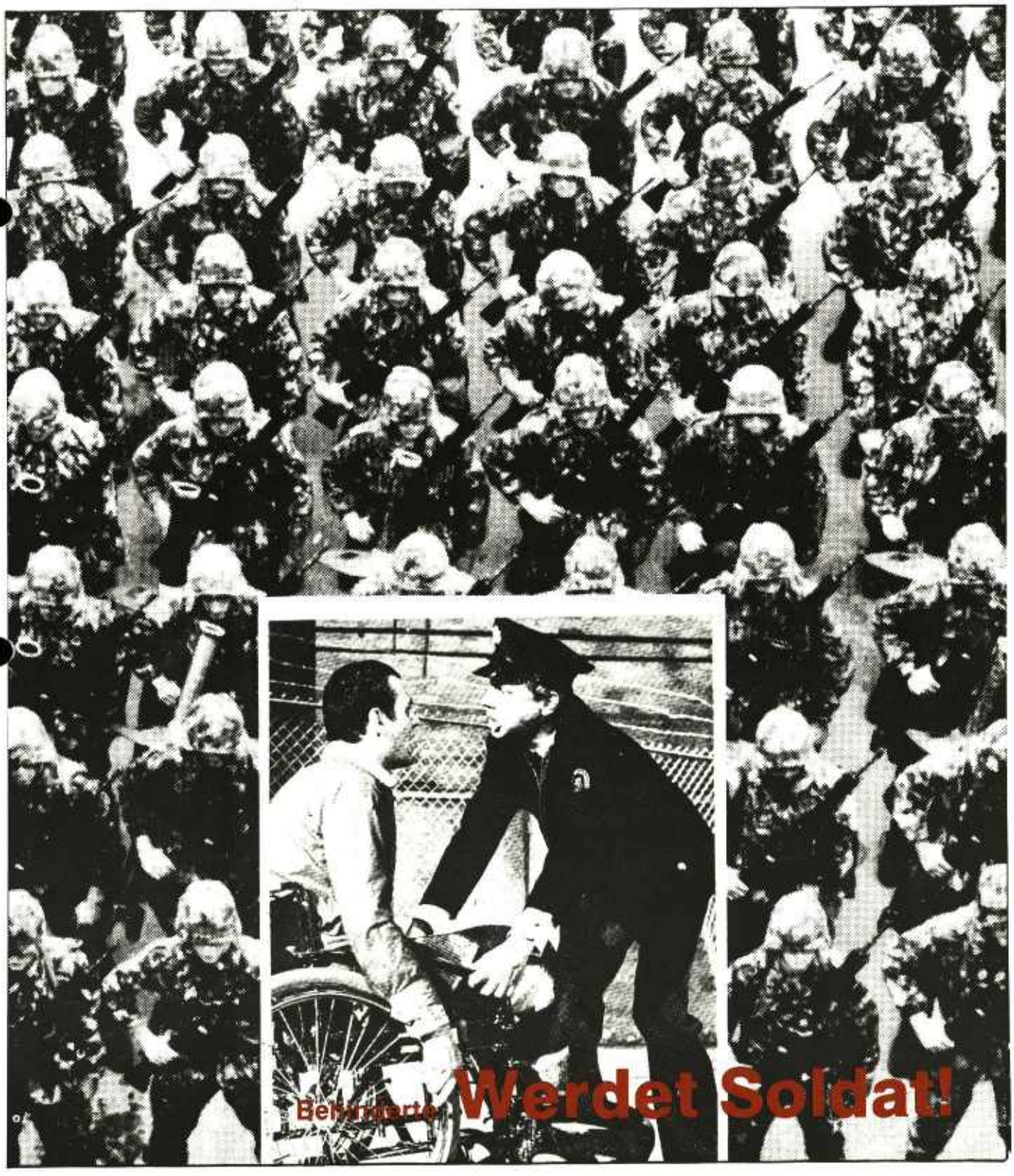
LUFT pumpe

6. Jahrgang · Nr. 6 · 1984 · 1,50 DM

G 3840 E

Zeitung zur Emanzipation Behinderter und Nichtbehinderter



Behinderte: Werdet Soldat!

EDITORIAL

Heutzutage, da sich die Frauenbewegung heftig sträubt, endgültig zur Reservearmee unseres Landes zu werden, sollten wir Behinderte unserem Verteidigungsminister die Stange halten. Er, der Verteidiger aller Unterdrückten und Außenseiter unserer Gesellschaft, hat uns verdient. Immerhin hat Adolf sich zum Schluß ja auch unserer erinnert und hat Alte, Krüppel und Kinder so richtig gleichberechtigt integriert. Aber Adolf ist natürlich nicht Wörner und umgekehrt auch nicht.

Wir müssen uns schon ein bißchen aufdrängen, denke ich, sowie es uns Schweizer Behinderte vormachen, oder ist das alles gar nicht ernst gemeint. Na, lest dazu den Artikel von Wolfram Jakob in dieser LP. Die Informationen und Illustrationen dazu habenwir aus der Schweizer Behindertenzeitschrift „pro-infirmis". Besten Dank!

Auch der EMMA haben wir zu danken, für den Artikel von Theresia Degener. Wir haben ihn im Original übernommen. Das soll Euch aber nicht abhalten, die EMMA zu kaufen. Sie berichtet diesen Monat u. a. noch zu Geisslers Mütterstiftung, zu Lesbenehen, zu Frauen in der Mafia, zur „Männersache" Arbeitskampf usw.

Ganz besonders gefreut haben wir uns über den Artikel von Andreas Habicht zur Situation Behinderter in Norwegen und hoffen, uns mal mit einem Artikel für unser norwegisches Gegenstück „handikapnytt" erkenntlich zeigen zu können.

Von uns in der Redaktion gibt es nichts Neues zu berichten, außer das wir jetzt endlich eine zuverlässige und dauerhafte Lösung für unsere Composerschwierigkeiten gefunden haben. Ingrid Horlemann. Vielleicht hift das nun wieder, regelmäßig zu erscheinen. Dafür, das wir Anfang des Jahres schon mal nicht erschienen sind, dafür machen wir jetzt im Sommer keine Doppelnummer. Es gibt also eine Sommer-LP mehr.

Schöne Ferien!

INHALT

Behinderte, werdet Soldat 3

Vorsicht: Satire! 4

Buntes 5

Kirchliche Behindertenhilfe — Wie lange noch? 6

Post aus Saarbrücken 8

Buntes 9

Hilfe, der Telebus kommt 11

Prima Klima Behinderte in Norwegen 13

Lichtblick für die Sehbehinderten? 16

1. Lebenshilfe-Tag 17

Behindertes Leben — unwertes Leben? 18

Bunte Seite 19

Anschrift:
LUFTPUMPE
Zeitung zur Emanzipation behinderter und Nichtbehinderter

Herausgeber und Verlag:
Verein zur Förderung der Emanzipation und Integration Behinderter e.V.,
Pohlmanstr. 13
5000 Köln 60

Einzelpreis: 1,50 DM
Abopreis: 16,- DM/Jahr
Die Umsatzsteuer incl. Für Mitglieder ist der Betrag im Mitgliedsbeitrag enthalten

Gültig ist Anzeigenpreisliste 5
Anzeigenredaktion:
Werner Spring -
Barlachstr. 30
8000 München 40

Erscheinungsweise:
11/pro Jahr (Juli/Aug.-Doppelnummer)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

Abo-Vertrieb: Redaktion München

Abo-Betreuung:
M. Kalchschmidt
Sudetenstr. 13
8034 Germering

Druck: Ulenspiegel
Satz-Druck-Papier
Kooperative GmbH
Winterstr. 4
8000 München 90

LP-Konto-München:
M. Kalchschmidt
LUFTPUMPE
K-Nr. 100 106 224
Raiffeisenb.Germering
BLZ 701 693 80

Layout: Uschi Wasel

V i S d Pr.:
Lothar Sandfort
Geberstr. 44
5204 Lohmar 1
und
C. F. Ingenmey
Neuenhöfer Allee 104
5000 Köln 41

Alle Rechte vorbehalten

Redaktion München:
c/o Werner Spring
Barlachstr. 30
8000 München 40
Tel.: 089/30 31 48

Redaktion Köln:
Pohlmanstr. 13
5000 Köln 60
Tel.: 02246/ 36 28

Kontaktadresse Berlin:
Götz Dieter Hochfeld
Eisenhammerweg 4
1000 Berlin 27
030/ 43 43 117

Behinderte: Werdet Soldat!

von Wolfram Jakob

Können Schweizer Behinderte schon ab 1985 Soldat werden?

„Auch die Behinderten wollen – wenn immer möglich – die Wehrpflicht in irgendeiner Form, z.B. in einem zivilen Ersatzdienst, durch persönlichen Einsatz erfüllen. Bis heute haben sie dies erfolglos gefordert. Solange diese Möglihkeit zur Integration verwehrt wird, betrachten sie den Militärpflichtersatz als Diskriminierung." Diesen Wortlaut veröffentlichte die Arbeitsgemeinschaft Schweizer Kranken- und Invaliden-Selbsthilfeorganisation (ASKIO) 1979.

Die Forderung von Schweizer Behinderten, in die Armee eingegliedert zu werden, Soldat sein zu können, erscheint zunächst absurd oder ruft doch zumindest Unverständnis hervor. Zum Thema der Einbeziehung Behinderter in die Armee fand im Januar 1'84 in Bern eine Tagung der ASKIO statt. Die dort zum Ausdruck gebrachte Meinungspalette der Behinderten ist breit gefechert. Sie reicht von der Forderung nach obligatorischer Wehrpflicht für Behinderte über den freiwilligen Einsatz von Behinderten in der Armee und/oder dem Zivilschutz bis hin zur ersatzlosen Streichung des Militärpflichtersatzes.

Dieser Artikel will versuchen, einen für uns fremden Problembereich der Behinderten in der Schweiz aufzuzeigen.

Militärpfichtgesetz

Nach Artikel 1 des Schweizer Bundesgesetzes über den Militärpflichtersatz haben die „Schweizer Bürger, die ihre Wehrpflicht nicht oder nur teilweise durch persönliche Dienstleistung (Militärdienst) erfüllen, . . . einen Ersatz in Geld zu leisten" (Art. 1, MPG).

Dieser Ersatzpflicht soll als eine Art Ausgleichsopfer im Wehrwesen verstanden werden, die von alle denen gezahlt werden muß, die als dienstuntauglich ausgemustert werden.

Als 1979 eine Teilrevision des Militärpflichtgesetzes vom Schweizer Parlament deklariert wurde, setzten sich eine Reihe von Behindertenverbänden für die ersatzlose Streichung dieser ‚Ersatz-Steuer' ein. Neben dem Schweizer Invalidenverband, der Blindenorganisation und der Vereinigung kleiner Menschen trat vor allem die ASKIO an die Öffentlichkeit. Die Behindertenorganisationen konnten trotz der Unterstützung von Parlamentariern und trotz Eingaben an die beratenden Gremien die Abschaffung dieser ‚Krüppelsteuer' nicht durchsetzen. Als Teilerfolg kann gewertet werden, daß seit 1980 nur noch die Behinderten zur Ersatzpflicht herangezogen werden, dren Einkommen abzüglich aller behinderungsbedingter zusätzlicher Aufwendungen mehr als 50 % über dem Existenzminimum liegt.

Der Gedankengang der Presserklärung der ASKIO von 1979 kann darauf hinaus interpretiert werden: Solange es für Behinderte keine Möglichkeit zur Erfüllung der Militärpflicht gibt, kann auch keine finanzielle Ersatzleistung verlangt werden.

Differenzierte Tauglichkeit

Bei der Aushebung (bundesdeutsch: Musterung) werden die 19jährigen Schweizer Jungmänner als diensttauglich, hilfsdiensttauglich oder als dienstuntauglich eingestuft.

Die Schwierigkeiten bei der Kategorisierung in die verschiedenen Tauglichkeitsgrade sowie die Unzufriedenheit der Soldaten des Hilfsdienst über ihren Status innerhalb der Armee nahm das Eigenössische Militärportment (EMD) zum Anlaß einer Studie. Nach dieser Studie sollen die 3 Tauglichkeitstufen durch den Begriff der ‚differenzierten Tauglichkeit' ersetzt werden.

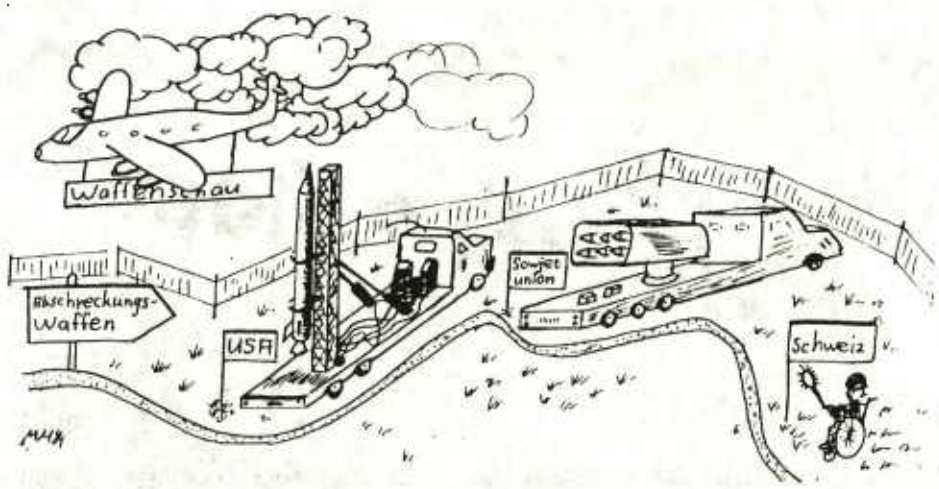
Nach Aussage des Chefs der Sektion Grundlagenplanung des EMD's, Oberst Kämpfer, war es ursprünglich vorgesehen, die differenzierte Tauglichkeit bis hinein in den Bereich der Behinderten zu definieren.

Während der Diskussion kam man beim EMD jedoch zu dem Schluß, die beiden Bereiche, ‚differenzierte Tauglichkeit' einerseits und ‚den Einsatz Behinderter in der Armee' andererseits getrennt zu bearbeiten. Desweiteren stellt Oberst Kämpfer fest, daß ein Einsatz Behinderter keinesfalls obligatorisch sein kann, sondern allenfalls auf dem Grundsatz der Freiwilligkeit basieren muß. Die Studie des EMD differenziert die eventuelle Tauglichkeit Behinderter nach 3 Kategorien:

1. Wehrpflichtige, die in ihrer Marsch- und/oder Tragfähigkeit eingeschränkt sind.
2. Wehrpflichtige, die eine Uniform tragen können und die – je nach ziviler Ausbildung – in Verwaltungsfunktionen der Truppe eingesetzt werden können.
3. Wehrpflichtige, für die eine Uniformierung unzweckmäßig wäre, und die nur im Instruktionsdienst (Dienst in Friedenszeiten) in Verwaltungsfunktionen des EMD in zivil eingesetzt werden können.

Auf Anfrage des EMD erklärte sich die ASKIO bereit, den Einsatz Behinderter in der Armee mit zu diskutieren, unter der Bedingung, daß dabei auch die Frage des Militärpflichtersatzes berücksichtigt werde. Durch die aktuelle Diskussion will das EMD nun abklären, wie das Modell „differenzierte Tauglichkeit" Realität werden könnte. Ein Pilotprojekt, heißt es, wolle nun frühestens 1985 starten.

Daß Behinderte schon so früh in die Planungen der Verantwortlichen beim EMD miteinbezogen werden, zeigt, daß die Militärs sich hier auf Neuland begeben. Susanne Schrieber, Redakteurin bei ‚Pro Infirmis' stellt die (wohl entscheidende) Frage, ob das In-



teresse des EMD an einer solchen Idee nur unter dem Druck einiger Behindertenverbände zustande gekommen ist, aus dem man sich im Zuge der Integrationswelle nicht um Lösungen drücken kann, zumal eine irgendwie geartete Eingliederung Behinderter in die Armee mit enormen finanziellen Aufwendungen verbunden ist.

Stellungnahme von Vertretern der Armee zur anstehenden Frage fehlen so gut wie ganz. Es ist auch kaum vorstellbar, daß von Seiten der Militärs Bedarf für behinderte Soldaten besteht. Oder kann die Schweizer Armee Ihre Truppenstärke mangels diensttauglicher Schweizer Jungmänner nicht aufrechterhalten? Der kämpfenden Truppen können Behinderte, auch wenn die Militärs dies wollen, eh nicht angehören, da hier die Militärversicherung nicht mitspielt. So wären Behinderte von vorneherein von allen militärischen Übungen ausgeschlossen.

Das Aktionskomitee TIABIDA fordert die totale Integration aller Behinderter in die Armee. Einen Eindruck darüber, wie diese Integration aussehen könnte und welch ein Aufwand dazu notwendig wäre, vermittelt die nachfolgende Satire.

Vorsicht: Satire!

Wir fordern «Totale Integration aller Behinderten in die Armee» (TIABIDA)

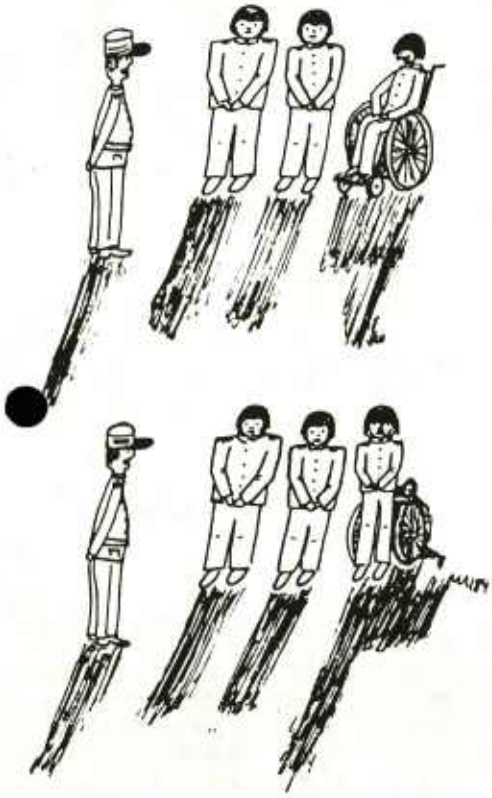
Wir können nicht zusehen, wie einmal mehr nur eine halbherzige Aufnahme der Behinderten in die Armee geplant ist. Vor allem liegt uns am Herzen, dass allen Behinderten das Recht auf eine Uniform zuerkannt wird. Totale Integration in die Armee heisst für uns die aktive und gleichwertige Mitarbeit aller Behinderten entsprechend ihren Fähigkeiten. Überhaupt: Wo liesse sich Integration besser und vollständiger verwirklichen als in der Rekrutenschule? Alle Jungmänner, behinderte und nichtbehinderte, erlebten miteinander eine Gemeinschaft von gegenseitiger Hilfe und Freundschaft und allseitigem Vertrauen und Verständnis. Mit diesen Erfahrungen kehrten sie dann in den Alltag zurück, in dem es für sie Behinderte nur noch als vollwertige und gleichberechtigte Mitmenschen gäbe und nicht mehr als leistungsschwächere Aussenseiter. Wahrlich: Die Rekrutenschule würde zu einer durchdringenden «Schule der Nation». Die Durchsetzung des ganzen Truppenkörpers mit Behinderten hätte einige kleinere Auswirkungen auf die Ausbildung der Offiziere und Instruktoren. So müssten diese mit der Blindenschrift Braille sowie der Zeichensprache der Gehörlosen bekannt gemacht werden. Auch kleinere Anpassungen technischer Art wären notwendig. Für die kleinen Menschen müsste der Rucksack Modell 74 mit kleinen Rädern versehen werden, damit das Nachschleifen am Boden nicht dessen frühzeitige Abnützung verursacht. Für Blinde gestalten sich die Einsatzmöglichkeiten und damit die militärische Nachfrage so vielfältig, dass das bestehende Reservoir bei weitem nicht ausreichen wird: Atompilzfrüherkennung (Blinde werden durch den Lichtblitz einer Atomexplosion nicht geblendet), Leitung und Überwachung von Nachtübungen, Befehligung von Truppen in unbeleuchteten Unterständen, Blindflug, Geräuscherkennung auf lange Distanzen (fehlt bis anhin in der Schweizer Armee) usw. Eine wesentliche Voraussetzung für die effiziente Verwendung der Blinden im Truppenkörper ist die Züchtung eines feldgrauen Blindenhundes. Die Anschaffungs- und Unterhaltskosten der militärtauglichen Tiere würde zur Hälfte vom EMD mitfinanziert. Dadurch könnte die IV

IV heißt: Invalidenversicherung

ihre Hundesubventionen um 50% reduzieren. Der gleiche Finanzierungsschlüssel würde auch für die Rollstühle gelten. Die IV übernähme – zusammen mit dem EMD – nur noch das feldgraue Schweizer Fabrikat «SKS-Patriot» mit Vollgummireifen. Ganz nebenbei sei uns hier die Anmerkung gestattet, dass die IV damit Einsparungen in Millionenhöhe vornehmen könnte. Die Befehlsgebung sowie die übrige notwendige Kommunikation mit den Gehörlosen erfolgte mittels Aluminium-Schrifttafeln.
Ein Sortiment dieser Tafeln müsste von jedem Unteroffizier und Offizier in der Bereitschaftstasche GH 84 ständig mitgetragen werden.

Unserer Forderung entsprechend muss die TIABIDA auch die Schwerst- und Mehrfachbehinderten umfassen. Sie würden in die MUMM-Kompanien (MUMM = menschliches Übungs- und Moulage-Material) eingeteilt, die für Sanitäts- und Transportübungen als Trainingsobjekte zur Verfügung stehen.
Zusätzliche – aber durchwegs kostengünstige – Posten müssten bei der Materialbeschaffung in Betracht gezogen werden: feldgraue Blech-Urinflaschen inkl. einer Schutzhülle, Diabetes-Militär-Schoggi und Guetzli, Uniformen mit asymmetrischen Ärmeln und Beinrohren, Rollstühle mit Rau-

penantrieb Modell RR, Stromaggregate auf Jeep-Anhängern zum nächtlichen Aufladen der Elektrorollstühle, Treppenraupen für den Einsatz in Kasernen und Unterkünften sowie ein robusteres Modell für den Häuserkampf. Neben der bereits erwähnten Entlastung der IV brächte die totale



"Garde - à-vous"

Integration aller Behinderten in die Armee auch für die Militärversicherung (MV) enorme Einsparungen. Wird jemand durch einen Militärunfall behindert, so wird er im Armeeinstruktionsdienst angestellt. Eine Invalidenrente der MV fällt somit weg.

Das Prinzip der Integration sei seiner Bedeutung wegen nochmals hervorgehoben: Die Angehörigen eines Zuges sind für sämtliche Dienstleistungen und die Pflege «ihrer» Behinderten verantwortlich: Aufnehmen, Morgentoilette, Uniform anziehen, Begleitung aufs WC, Rollstuhl schieben, Essen eingeben, in den Panzer helfen, Kleidungsstücke und Material reinigen usw. Alle Ausbildungen, Instruktionen und Übungen müssten den Bedürfnissen der körperlich und geistig schwächsten Soldaten angepasst werden: Marschübungen, Handgranatenwerfen, Überqueren eines Flusses usw.

Aktionskomitee TIABIDA

aus „pro-infirmis"

Aktionsgemeinschaft gegen Kürzungen in der Sozialpolitik

Die aktuelle sozialpolitische Entwicklung, insbesondere im Bereich der Behindertenhilfe seit dem internationalen Jahr der Behinderten, hat bei mehr als 5 Millionen behinderten Mitbürgern und ihren Angehörigen Betroffenheit, Unruhe und Unmut ausgelöst.

Die in der Sozialpolitik deutlich werdenden Tendenzen, die Rechte behinderter Bürger in unerträglicher Weise zu beschneiden und die dadurch wieder auflebenden diskriminierenden Einstellungen gegenüber ihren behinderten Mitgliedern, haben die Vorstände der Bundesarbeitgemeinschaft der Clubs Behinderter und ihrer Freunde, Mainz, und den Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter Krautheim, veranlaßt, sich zu einem gemeinsamen Aktionsbündnis zusammenzuschließen.

Beide Verbände, die seit vielen Jahren vergleichbare Ziele verfolgen, wollen alle in einem Rechtsstaat legitimen Mittel ausschöpfen, um weitere ungerechtfertigte Angriffe gegen das Sozialstaatsprinzip abzuwehren.

Eine aus beiden Verbänden gegründete Kommission wird gemeinsame Strategien entwickeln, um die Interessen behinderter Menschen stärker als bisher wahrzunehmen und vor allem dem Grundsatz der Finalität (Gleichstellung aller Behinderter, unabhängig von der Ursache der Behinderung) wieder Geltung zu verschaffen.

BUNTES

Alle Behindertenverbände sind aufgerufen, über Verbandsfragen hinaus, in solidarischer Partnerschaft zusammenzuarbeiten, um die gesellschaftliche Eingliederung behinderter Mitbürger in Zukunft abzusichern.

Programm im SWF 3

KONTAKT – eine Sendung für Behinderte und Nichtbehinderte

27. 6. Dreht sich das Rad zurück? (Reform und Gegenreform in Italien)

11. 7. Problemkiste, Ausgabe 32*

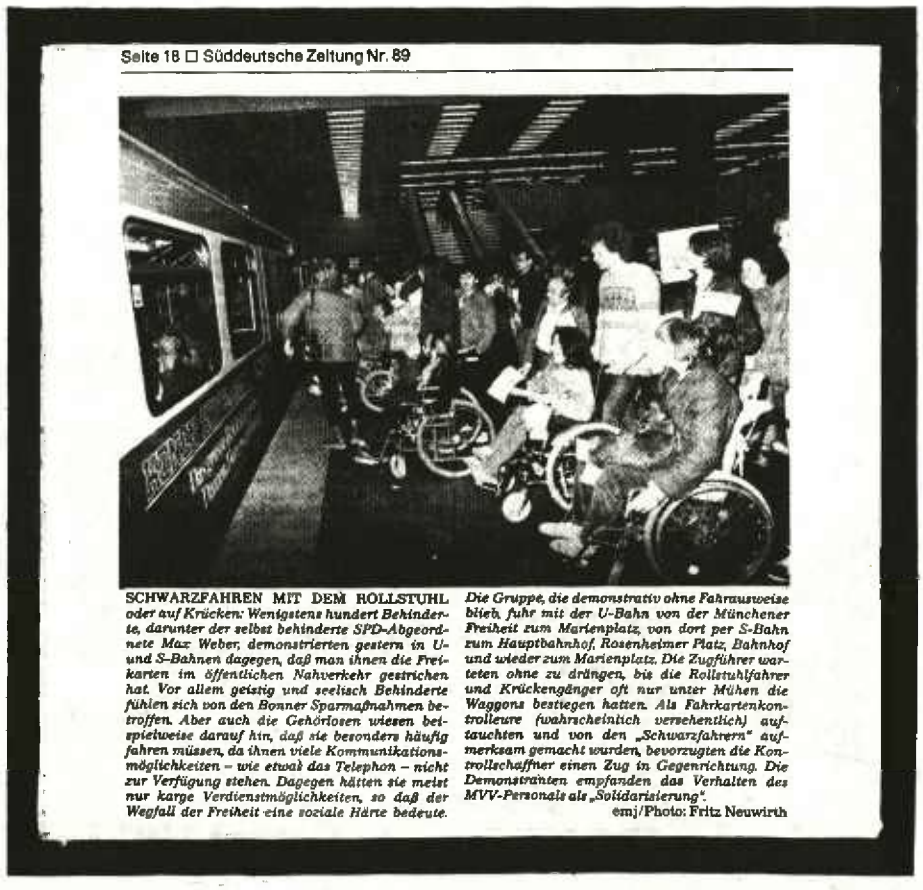
Kein Wort von guten Taten (über die Behindertenarbeit der DPSG)

25. 7. Problemkiste, Ausgabe Gespräch über die Werkstatt für Behinderte (In den Hagsfelder Werkstätten Karlsruhe)

** alle Problemkisten mit Dieter Philippen*

Änderungen vorbehalten

auch zu empfangen über Kurzwelle 7265 KHz im 41-m-Band



Seite 18 □ Süddeutsche Zeitung Nr. 89

SCHWARZFAHREN MIT DEM ROLLSTUHL

oder auf Krücken: Wenigstens hundert Behinderte, darunter der selbst behinderte SPD-Abgeordnete Max Weber, demonstrierten gestern in U- und S-Bahnen dagegen, daß man ihnen die Freikarten im öffentlichen Nahverkehr gestrichen hat. Vor allem geistig und seelisch Behinderte fühlen sich von den Bonner Sparmaßnahmen betroffen. Aber auch die Gehörlosen wiesen beispielsweise darauf hin, daß sie besonders häufig fahren müssen, da ihnen viele Kommunikationsmöglichkeiten – wie etwa das Telephon – nicht zur Verfügung stehen. Dagegen hätten sie meist nur karge Verdienstmöglichkeiten, so daß der Wegfall der Freiheit eine soziale Härte bedeute. Die Gruppe, die demonstrativ ohne Fahrausweise blieb, fuhr mit der U-Bahn von der Münchener Freiheit zum Marienplatz, von dort per S-Bahn zum Hauptbahnhof, Rosenheimer Platz, Bahnhof und wieder zum Marienplatz. Die Zugführer warteten ohne zu drängen, bis die Rollstuhlfahrer und Krückengänger oft nur unter Mühen die Waggons bestiegen hatten. Als Fahrkartenkontrolleure (wahrscheinlich versehentlich) auftauchten und von den „Schwarzfahrern" aufmerksam gemacht wurden, bevorzugten die Kontrollschaffner einen Zug in Gegenrichtung. Die Demonstranten empfanden das Verhalten des MVV-Personals als „Solidarisierung".

emj/Photo: Fritz Neuwirth

Kirchliche Behindertenhilfe ~

In der Geschichte hat sich primär die kath. und evang. Kirche um behinderte Menschen gekümmert. Beide, Caritas und Diakonie, haben damit begonnen, Anstalten für Behinderte zu schaffen, um sie mit Hilfe therapeutischer Maßnahmen zu fördern.

Wir wollen in unserem Artikel keine Beurteilung der kirchlichen Behindertenhilfe treffen, sondern die Schwerpunkte ihrer Arbeit nur darstellen.

In einem Caritas-Faltblatt über Behindertenhilfe der kath. Kirche in der Erzdiözese München und Freising heißt es u. a.: „Für die Kirche ist die Behindertenhilfe kein Phänomen des 20. Jahrhunderts. Schon immer galt ihre besondere Sorge den Armen, Siechen und Kranken, durch persönlich geübte Nächstenliebe und organisierte Hilfe." Als zwei Meilensteine dafür gelten die „Cretinen-Heilanstalt" (1852) und die „Anstalt für männliche Unheilbare" (1873), die den Betroffenen Schutz und Förderung boten.

Schwerpunktmäßig basiert auch die heutige Caritas-Behindertenhilfe auf institutionalisierter Rehabilitation. „Heime und stationäre Einrichtungen haben auch in unserer Zeit nicht an Bedeutung verloren. Sie bieten den Behinderten, die aufgrund von Art oder Schwere der Behinderung oder aus sozialen Gründen nicht in Tageseinrichtungen gefördert werden können, einen überschaubaren Lebensraum, eine gestufte soziale Integration in einem gestalteten pädagogischen Feld und in der Regel ein System differenzierter und spezialisierter Hilfen und Fachdienste an" („unser Standpunkt", S. 52).

Daneben gibt es ambulante Dienste und offene Angebote. Darunter versteht die Caritas vor allem Beratung, Unterstützung oder Entlastung des Behinderten bzw. seiner Angehörigen. Der Hintergrund für diese Hilfen ist, dem behinderten Menschen sein soziales Umfeld (= seine Familie) zu erhalten. In diesem Zusammenhang seien auch die familienunterstützende und -entlastende Dienste erwähnt.

Weitere Schwerpunkte sind Frühförderung, Erziehung und Bildung (z. B. heilpädagogische Tagesstätten), Arbeit und Beruf (z. B. spezielle Werkstätten), Wohnen (z. B. Wohnheime) und die sog. offene Bihindertenhilfe, die entweder Teil der Gemeinwesenarbeit oder der kath. Jugendarbeit bzw. Erwachsenenbildung ist. Sie umfaßt soziale Beratung, Vermittlung von Hilfsdiensten etc., Behindertenseelsorge – die zum festen Bestandteil der Behindertenarbeit gehört und u. a. die speziellen Bedürfnisse der Behinderten berücksichtigt – sowie Freizeit- und Erholungsangebote. Mit letzterem sind Gruppen und Clubs gemeint, die der Begegnung von behinderten und nichtbehinderten Menschen dienen. Unterschiedliche Angebote sollen u. a. dazu beitragen, gegenseitige Ängste und Unsicherheiten abzubauen – nach dem Grundsatz „soziale Integration vollzieht sich auch innerhalb der Freizeit."

So weit die wesentlichen Inhalte der Caritas-Behindertenhilfe.

Auch die Diakonie hat ihre Behindertenhilfe mit Anstaltsgründungen begonnen: Bethel (1867) und die Alsterdorfer Anstalten (ab 1860), um zwei der bekanntesten Einrichtungen für behinderte Menschen zu nennen. Die Palette der jetzigen diakonischen Behindertenhilfe ist in ihrer Grundstruktur mit der von der Caritas vergleichbar. Erst in jüngster Zeit bestreitet die Diakonie auf diesem Gebiet neue Wege. Den Anstoß dazu gaben die Idee „Gemeinsam leben lernen im Kindergarten" und die „Diakonischen Initiativen für Behinderte und Nichtbehinderte", die 1980 vom Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) und vom Präsidenten des Diakonischen Werkes der

Kirchliche Einrichtungen für Behinderte in der Erzdiözese München und Freising

WIE LANGE NOCH?

EKD in Kirche und Diakonie proklamiert wurden.

Der Gedanke vom „gemeinsam leben lernen im Kindergarten" stammt von Eltern, Mitarbeitern von integrativen Kindergärten und wird von verantwortlicher Seite unterstützt und getragen.

Die Fanzösisch-reformierte Gemeinde (Frankfurt) setzte als erste diese Idee in die Tat um. Den Anstoß zu diesem Projekt gaben zwei Dialoggottesdienste: „Das Kind in der Gemeinde" (70) und „Der behinderte Mensch in unserer Gesellschaft" (74). Für die Initiatoren des integrativen Kindergartens, der 77 eröffnet wurde, war u. a. folgendes wichtig: Altersgemischte und koedukative Gruppen; Kindergruppen mit unterschiedlichen Behinderungsarten; ambulante Therapieangebote.

Aus Finanzierungsgründen wird „der neue (integrative) Kindergarten ja eine ‚Sonderkindertagesstätte' sein und diese muß vom zuständigen Träger der Sozialhilfe. . . als ‚teilstationäre Einrichtung' anerkannt sein, sonst gibt es keine Mittel für den Betrieb" („Diakonie" 1/83, S. 33).

Zu der ersten integrierten Gruppe mit 5 behinderten und 10 nichtbehinderten Kindern kamen nach einigen Monaten zwei weitere Gruppen hinzu. Dieses Projekt wurde 18 Monate von der Universität Frankfurt wissenschaftlich begleitet. Die Begleitforscher kamen zu dem Ergebnis, daß sozial-koedutive Erziehung nicht nur möglich ist, sondern daß diese sowohl für behinderte als auch für nichtbehinderte Kinder gewinnbringend ist.

Im Frühjahr 78 beschloß der Kirchenvorstand der Gemeinde Cantate Domino (Frankfurt), in ihrem Kindergarten die integrative Erziehung: „Integratives Handeln entspricht dem Wesen christlichen Glaubens, der sich am Handeln Jesu von Nazareth orientiert, an seinem unermüdlichen Bemühen, Außenstehende in das Zusammenleben aller einzugliedern. Eine Kirchengemeinde hat daher den besonderen diakonischen Auftrag, in ihrem Bereich und Umfeld Integration Behinderter und ihrer Familien zu praktizieren und andere Mitbürger wie Institutionen dazu anzuregen. Insbesondere hat sie Lebensformen zu entwickeln, die das Dasein von Starken und Schwachen, Kranken und Gesunden, Behinderten und Nichtbehinderten in ein gemeinsam gestaltetes und beglückendes Zusammenleben wandeln. . ." (a. a. O., S. 35).

Während der vierjährigen Vorbereitungsphase wurde intensive Öffentlichkeitsarbeit betrieben. Vorurteile und Zweifel gegenüber integrativer Erziehung konnten nicht nur abgebaut werden, sondern die Skeptiker konnten überzeugt werden, „daß Sondereinrichtungen Gettos darstellen, die das Zusammenleben von Behinderten und Nichtbehinderten nicht im ausreichenden Maß fördern" (a. a. O., S. 36).

Da es in Hessen für integrative Erziehung noch keine gesetzliche Grundlage gibt und von den Behinderten-Interessenverbänden so gut wie keine Unterstützung zu erwarten ist, („Sorge um den Erhalt der eigenen Sondereinrichtungen"), sieht sich die evang. Kirche als Anwalt der integrativen Idee.

Auch in der Dietrich-Bonhoeffer-Gemeinde (Bremen-Huchting) besteht seit Sommer '82 ein integrativer Kindergarten.

Abgesehen von solchen Initiativen bemüht sich z. B. die evang. Jugend München seit Jahrzehnten um eine integrative Jugend- und Freizeitarbeit, die das Ziel hat, einerseits behinderten Menschen eine optimale Teilnahme des gesellschaftlichen Lebens zu ermöglichen — andererseits die Bevölkerung mit Problemen Behinderter vertraut zu machen.

Bei all diesen Aktivitäten und Engagements der evang. Kirche lassen sich offensichtlich „Pannen" nicht völlig vermeiden. Eine solche Panne ist z. B. der Neubau eines Jugendhauses, das nur bedingt rollstuhlgerecht gebaut wurde.

Ruth Müller/Werner Müller

VERSAGEN

der Evangelischen Jugend

Die Evangelische Jugend München lud alle für den 31. Mai 1984 zur Einweihung ihres neuen Freizeiten- und Jugendhauses ein. Rollstuhlfahrer sind sicher auch willkommen, aber sie sind später in dem neuen Haus nicht sehr willkommen, denn nur ein einziges Zimmer ist für sie geeignet.

Der Arbeitsbereich Soziale Rehabilitation der Evangelischen Jugend hat in einem Flugblatt speziell die Behinderten zum mitfeiern bzw. zum protestieren aufgefordert. Da die Luftpumpe auch Grund zum energischen Protest sieht, veröffentlichen wir dieses Flugblatt, versehen mit Kommentar von Werner Spring:

„Dieser Neubau ist **nicht** für Rollstuhlfahrer geeignet und deshalb auch **nicht** für unsere Arbeit. In gleicher Weise können die Ziele der Sozialen Rehabilitation der EJM in diesem Bau **nicht** verwirklicht werden. Das ist eine Unverschämtheit, eine Beleidigung gegen Behinderte und deren Freunde. Das lassen wir uns nicht gefallen. Unser Ziel: die selbstverständliche Teilnahme des behinderten Menschen an allen verschiedenen Formen des ganz normalen gesellschaftlichen Lebens.

Es geht vor allem darum, der permanenten Ausgliederung Behinderter aus dem Leben der Gemeinschaft Einhalt zu gebieten.

Wir fordern alle, die sich diesen Neubau auch nicht gefallen lassen, auf, an diesem Einweihungstag anwesend zu sein."

KOMMENTAR

Immerhin, die Soziale Rehabilitation der Evangelischen Jugend München protestierte am Tag der Einweihung gegen den für Rollstuhlfahrer ungeeigneten Neubau, unterstützt von etlichen Behinderten aus ganz München.

Wie konnte es passieren, daß die Evangelische Kirche einen für Rollstuhlfahrer ungeeigneten Neubau erstellte? Wie konnte dieses unverständliche Versagen so einfach passieren? Die Evangelische Jugend München gehörte nämlich zu den ersten in München, die sich ab 1970 für die Integration und Emanzipation der Behinderten stark machte. Der Versuch von Behinderten und Nichtbehinderten zu einer gleichwertigen Partnerschaft fand u. a. in einem älteren Haus der Evangelischen Kirche statt, das ganz zufällig einigermaßen rollstuhlfahrergerecht war. Und jetzt errichtet dieselbe Evangelische Kirche diesen unmöglichen Neubau.

Zum behindertengerechten Bauen der Evangelischen Kirche eine persönliche Erfahrung: Ich habe von 1975–1980

in der Evangelischen Kreuzkirchen-Gemeinde engagiert für die Integration und Emanzipation der Behinderten gearbeitet. Bei einem Umbau des Gemeindehauses konnte erreicht werden, daß der zu bauende Lift rollstuhlfahrergeeignet gebaut wurde. Der Architekt hatte zwar sein Versprechen, einen behindertengerechten Umbau zu planen, nicht gehalten, aber sobald dies erkannt wurde, sorgten wir dafür, daß noch nach Baubeginn umgeplant wurde! Wir hatten es dann nicht nötig hinterher zu protestieren.

Ich komme bei dem neuen Haus der Evangelischen Jugend München, in Grafrath nicht umhin, der Evangelischen Kirchenführung, dem Architekten und vor allem B. Riedel, dem Leiter des Arbeitsbereiches Soziale Rehabilitation bei der Evangelischen Jugend München, **Versagen vorzuwerfen.**

Und ich behaupte ganz unbescheiden, als Leiter der Sozialen Rehabilitation hätte ich dafür gesorgt, daß die Einweihung des neuen Hauses der Evangelischen Jugend München auch für Rollstuhlfahrer ein Grund zum Feiern gewesen wäre.

WS

TIPS

Der gemeinnützige Verein „Reisen mit Behinderten" hat sein neuestes Angebot von Gruppenreisen vorgelegt:

Irland 15.–29.9.84 pro Person 1.290,– DM

USA 3.–16. 11. 84 pP 3.690,– DM

Israel 4.–18. 11. 84 pP 2.835,– DM

Weitere Informationen beim Verein „Reisen mit Behinderten e. V.", Am Stadtarchiv 12, 4040 Neuss, Telefon 02101/273735

POST AUS SAARBRÜCKEN

PARKERLEICHTERUNG

Die Behinderten-Beratungsstelle der saarländischen Landeshauptstadt Saarbrücken, die auch besonders eifrig im Plakate-entwerfen ist (wir haben schon einige in der LUFT-PUMPE veröffentlicht) schickte uns folgendes Schreiben:

Betrifft: Parkerleichterung

Liebe Mitbürgerin,
liber Mitbürger,

wie Sie sicherlich wissen, dürfen seit 1. August 1980 auf den besonders ausgeschilderten Behindertenparkplätzen nur Personen parken, die im Besitz des speziellen blauen Parkausweises sind.
Bedauerlicherweise werden diese Stellplätze häufig von nicht behinderten Autofahrern belegt, oder der notwendige Seitenabstand (ca. 1m) wird sehr oft nicht eingehalten. Dadurch wird Rollstuhlfahrern der Zugang zu ihrem PKW verwehrt, bzw. Schwerstgehbehinderten wird der Einstieg erschwert.
Aus diesem Grunde hat die Landeshauptstadt Saarbrücken eine Plakette herausgebracht, die auf die Parkprobleme von Schwerbehinderten hinweist. Diese Plakette können sie mühelos an der Innenseite des Fensters der Fahrer- bzw. Beifahrertür befestigen.
Ich hoffe, daß die Plakette mit dazu beiträgt, Verständnis für die Parkprobleme Behinderter bei nicht behinderten Autofahrern zu wecken und diese sich dann entsprechend verhalten.

Mit freundlichen Grüssen
Sozialdezernent Gütlein

Die angesprochene Plakette ist eher ein ausgewachsenes Schild - Grösse: 18 mal 29 cm , weisse Schrift auf blauem Grund - weitere Informationen:
Behinderten-Beratungsstelle
Sozialamt Saarbrücken
Herr Gütlein
Postfach: 439/440
6600 Saarbrücken
Tel.: 0681/3098264

Werner Spring hat dann in Saarbrücken mal nachgefragt, was sonst noch läuft, der OB Lafontaine schrieb zurück:

PLANUNG IM BEHINDERTEN-BEREICH

Sehr geehrter Herr Spring,

die Eingliederung Behinderter in die Gesellschaft ist m.E. erst in Ansätzen verwirklicht. Es darf daher nicht dabei bleiben oder verstärkt dahin kommen, daß fpr Behinderte „Ghettos" bereitgestellt werden, innerhalb derer sie eine Existenzberechtigung finden, außerhalb derer sich aber das gesellschaftliche Leben **ohne ihre Beteiligung** vollzieht.

Um behinderten Mitbürgern, ihren Familienangehörigen, Partnern usw. eine umfassende Beratung zu ermöglichen, die erforderlichen Hilfen zur weitestgehenden Selbständigkeit zu geben und zur Verbesserung ihrer Situation mit beizutragen, hat die Landeshauptstadt Saarbrücken im Jahre 1978 eine Behindertenberatungsstelle eingerichtet. Die Beratung erfolgt sowohl im Innendienst (Sozialamt) als auch im Außendienst (Hausbesuche). Diese Tätigkeit nimmt eine Sozialarbeiterin wahr.

Im März 1982 hatte ich angeordnet, eine dezernatsübergreifende Arbeitsgemeinschaft „Behindertenfragen" einzurichten. Ständige Mitglieder sind 10 Fachämter (z. B. Planungs-, Hochbau-, Tiefbau-, Sozialamt usw.) und die Saarbrücker gemeinnützige Siedlungsgesellschaft. Die Federführung dieses Gremiums habe ich der Behindertenberatungsstelle übertragen.

Aufgaben der AG

1. Die Belange der Behinderten bereits im Planungsstadium zu berücksichtigen.
2. Eine reibungslose Koordination und Kooperation der Aufgaben der Fachämter zu gewährleisten, z.B. bei sozialen, baulichen, verkehrstechnischen Maßnahmen und

3. Zusammenarbeit mit Selbsthilfegruppen, Institutionen, Verbänden usw. auf lokaler Ebene, z. B. Aufführung von Filmen über Alltagsprobleme und die Situation Behinderter im Stadtkino „Camera", gemeinsame Veranstaltungen (z. B. Podiumsdiskussionen über „ Euthanasie", „Auflösung von Sonderschulen" usw.) mit der Volkshochschule, in Zusammenarbeit mit Selbsthilfegruppen, Durchführung von Informationsständen usw.

Aus der Praxis des Sozialamtes sind viele Fälle bekannt, wo sich Behinderte vergeblich um geeignete Wohnungen bemüht haben. Aus diesem Grund habe ich 1982 veranlaßt, daß eine Haushaltsstelle zum Aus- bzw. Neubau (Deckung der Mehrkosten) behindertenfreundlicher bzw. -gerechter Wohnungen eingerichtet worden sind. Die Saarbrücker gemeinnützige Siedlungsgesellschaft hat inzwischen vier dingerechte Wohnungen erstellt, einige Wohnungen entsprechend der Art der Behinderung des Betroffenen umgebaut und mehrere solche Wohnungen in zukünftigen Projekten eingeplant. Durch eine gute Wohnraumversorgung der behinderten Mitbürger soll erreicht werden,

1. daß die Betroffenen in ihrer vertrauten Umgebung bleiben können unter Inanspruchnahme der sozialen Dienste, z. B. Vermittlung eines Zivildienstleistenden, Fahrdienst, Rollender Mittagstisch und
2. die Anzahl der Unterbringungen in Heime gemeindert wird.

Es ist heute und zukünftig umso notwendiger „das Behindertengerede" von sogenannten Fachleuten und Experten zu stoppen und statt dessen den gesellschaftlichen Konflikt ins Bewußtsein zu heben. Wir müssen auch davon wegkommen, daß der Behinderte von Geburt an sonderbehandelt wird. Seine Isolationskarriere beginnt häufig mit langen Aufenthalten in Kliniken, Sonderabteilungen, Rehabilitationszentren, es folgen Sonderkindertagesstätten, Sonderkindergärten, Sonderschulen, Sonderfahrdienste, Sonderarbeitsplätze und schließlich Heime, meistens weit draußen im Grünen, außerhalb der Sozialgemeinschaft. Es wäre jedoch falsch, zu resignieren, im Gegenteil, die Aktivitäten müssen verstärkt werden.

Ich wünsche Ihrem Verein weiterhin viel Erfolg bei seiner Arbeit und verbleibe

mit freundlichen Grüßen
Lafontaine
Oberbürgermeister, Saarbrücken

BUNTES

Es gibt eine „Kassetten-Zeitschrift", die sich als Brückenschlag zwischen behinderten und nichtbehinderten Menschen versteht. Sie heißt „Der gemeinsame Weg" und ist kostenlos zu erhalten bei:
Tonstudio Fidelio 83
Ferdinand Weiler
Auf der Linde 9a
6631 Ensdorf/Saar

THEATERSEMINAR

Internationales Theaterseminar vom 10.–19. August 1984 für Amateure, Pädagogen und für Leute, die Spaß am Theaterspielen haben aus Italien, Frankreich, Holland, England und der BRD. Es finden Workshops zu **Ausdruckstheater, Zirkustechniken, Bewegungs- und Straßentheater** statt.

Preis: DM 315,– (alles inbegriffen)

Informationen und Prospekte über:

Jeanine de Heus, Eckhard Schöller
Haus Lerbach
5060 Bergisch Gladbach
Telefon 02202 / 31 021

Ausstellung: Behindertengerechtes Wohnen

Im Rahmen der Messe „HEIM+HANDWERK, die vom 1.–9. Dezember 1984 in München stattfinden wird, wird in einer Sonderschau in einer eigenen Halle unter dem Thema „REHA-FORUM 84" eine Ausstellung über „Behindertengerechtes Wohnen" gezeigt, ebenso eine Sonderschau zum Thema „Rehabilitation in Beruf und Alltag".

Wer sich mit Ideen, Vorschlägen, Info-Ständen oder in welcher Form auch immer an dieser 7. „HEIM + HANDWERK" beteiligen möchte, sollte sich möglichst bald direkt mit der Messeleitung
Objektleitung HEIM + HANDWERK
(Kennwort „REHA-Forum")
Herrn H. H. Wolff
Theresienhöhe 14
8000 München 2
Telefon 089 / 51 98–0 . . .)
in Verbindung setzen.

Es wird übrigens dort auch der deutsche Versehrtenfahrzeugdienst mit einem Info-Center vertreten sein und neue Rollstuhlmodelle, Fahrzeuge für Behinderte, Zusatzgeräte usw. vorstellen.

HANDICAP
SEGLER-
GILDE e.V.

HANDICAP TROPHY '84

IV. Internationale Segelregatta für Behinderte

Die Handicap Segler Gilde e. V., Bahnhofstr. 41, 5800 Hagen, Tel. 02331 / 26860 veranstaltet die diesjährige Handicap-Trophy vom 5. September bis 11. September 1984 vor Flensburg auf der Förde, für Behinderte mit mindestens 60 % MDE.

Gesegelt werden die Bootstypen:
PIRAT – 2 Personen
NADINE – 3-4 Personen
FOLKEBOOT – 3-4 Personen

Die Boote werden zur Verfügung gestellt.
Ausrichter ist die Marine-Schule Mürwik in Flensburg-Mürwik.

Gesegelt wird wie bisher immer, mit Normalflock und Groß. Bei Hartwind; Sturmfock und gerefftes Groß. Schwimmwestenzwang ist obligatorisch.
Meldeschluß: 30. Juli 1984

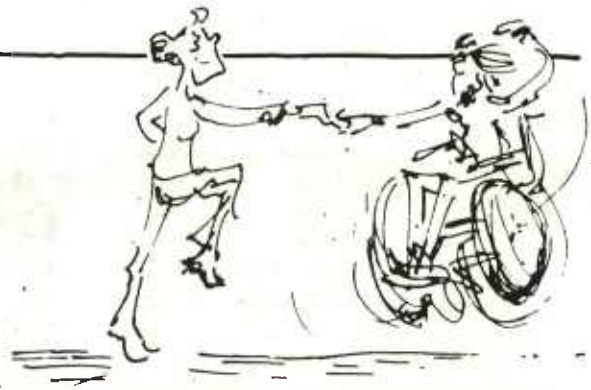
DB

TIP von Werner Müller

Bekanntlich haben Schwerbehinderte innerhalb von S-Bahnbereichen, unabhängig von ihrem Wohnort, in Eil- und Nahverkehrszügen Freifahrt. Da dies anscheinend noch nicht alle Schaffner wissen, sollten sich die Betroffenen als „Beweisstück" das „Fahrplan-Mitteilungsblatt Nr. 2" bei der DB besorgen. Darin sind alle Freifahrtstrecken aufgelistet.

KLEINANZEIGE

„Bungalow Baujahr 1979 – erstellt für Rollstuhlfahrer, 121 qm Wohnfläche in einer Ebene mit Garage und Garten im Luftkurort Horhausen–Pleckhausen/Westerwald verkehrsgünstig und zugleich ruhig gelegen von privat zu verkaufen. Telefon ab 20.00 Uhr: 02687-8210", Rudolf Thusek.



Arme dürfen im Müll wühlen

St. Louis (dpa)

Die Armen der Stadt St. Louis im US-Bundesstaat Missouri dürfen zumindest tagsüber weiter die Mülltonnen auf der Suche nach verwertbaren Gegenständen durchwühlen. Einige hundert mittellose Bürger erreichten durch massive Proteste im Rathaus, daß eine neue Verordnung gegen das Durchstöbern der Abfallbehälter auf die Nachtstunden beschränkt wurde. Einige der meist älteren Demonstranten argumentierten, daß sie ihren Lebensunterhalt durch den Verkauf von Dosen und Flaschen bestreiten müßten, die sie aus den Mülltonnen sammeln.

EINLADUNG
zur 5. Suchfahrt des
CE BE EF Stuttgart e. V.

Liebe Clubmitglieder, liebe Freunde,

wie im vergangenen Jahr, veranstalten wir auch dieses Jahr wieder eine Auto-Suchfahrt im Umkreis von Stuttgart.

Sie findet am **7. Juli 1984** statt.

Start: 13.00 Uhr auf dem Parkplatz bei der Wohnanlage Fasanenhof, Laubeweg 1, 7000 Stuttgart 80

Startgeld: 10,– schwäbische Dollars pro Auto

Mitzubringen sind: eine gute Straßenkarte „Stuttgart & Umgebung", Schreibzeug, eine Schreibunterlage und gute Laune.

WICHTIG: Jeder Teilnehmer fährt auf eigenes Risiko. Der Ce Be eF Stuttgart e.V. übernimmt keine Haftung.

Anmeldung an: Hans Kreiter, Laubeweg 1, 7000 Stuttgart 80.

„Wachsende Nachfrage nach ambulanten Diensten für Behinderte"

In diesem Monat feiert der „Verein zur Förderung der Integration Behinderter e.V." (kurz: fib), Mitglied im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband, sein zweijähriges Bestehen. Zu diesem Anlaß hat der Verein eine Dokumentation erstellt, die einen Überblick über die bisherige Arbeit und insbesondere den raschen Abbau des Ambulanten Hilfsdienstes für Behinderte gibt. Ca. 75 nebenamtliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen stehen für stundenweise Hilfeleistungen zur Verfügung, im Bereich der individuellen Schwerbehindertenbetreuung hat der fib 25 Zivildienstplätze, von denen Mitte dieses Jahres 15 besetzt sein werden. Aufgrund der knappen finanziellen Mittel kann der Verein jedoch gerade in diesem Bereich die wachsene Nachfrage nicht in dem Maße befriedigen, wie es wünschenswert wäre, so daß mit einer Belegung aller Zivildienstplätze erst im nächsten Jahr zu rechnen ist. Das Angeobt des fib wird Dank Unterstützung des Arbeitsamtes Marburg ab Juni erweitert um eine mobile Beratung und Unterstützung für Familien mit behinderten Angehörigen.
Für Interessierte ist die Dokumentation zum Selbstkostenpreis erhältlich in der Geschäftsstelle des fib eV., Am Erlengraben 12a, 3550 Marburg/Lahn, Telefon 06421-13606."

Wirt zieht Hunde Behinderten vor

Mit der Begründung"Ich habe doch keinen Zirkus" hat ein Wirt im südwestfranzösischen Bordeuax die Bedienung eines Behinderten im Rollstuhl abgelehnt. Jetzt wurde der 37-jährige wegen Verweigerung einer Dienstleistung zu 3ooo Franc (1ooo DM) Schmerzensgeld verurteilt. Vor den Behörden verteidigte er sich:"Diese Leute haben doch ihre Restaurants für sich. Außerdem nehmen sie mit den Rollstühlen Platz weg." Er fügte noch hinzu:"Aber Hunde sind bei uns erlaubt."

Leserbrief:

Hier schicke ich Ihnen einen Artikel über meine Freizeit. Vielleicht können Sie ihn gebrauchen. Ich würde es toll finden, wenn Leute von ihren eigenen Problemen mehr erzählen würden, als über andere zu berichten.

Susanne Glas

Freizeit — muß man darüber überhaupt diskutieren? Die Sache ist doch klar: Je mehr Freizeit einer hat, desto besser. In der Freizeit, da passiert das eigentliche Leben. Freizeit — da kann man endlich tun, was einem Spaß macht.

Aber wie erlebe ich persönlich meine Freizeit?

Ich persönlich habe teilweise große Schwierigkeiten mit meiner Freizeit, besser gesagt mit meiner freien Zeit umzugehen. Es gibt Phasen, wo ich meine Zeit vertrödel. Ich sitze dann meist da und hoffe, das es Abend wird. Kein Buch interessiert mich. Im Fernsehen läuft nichts, was mich ansprechen würde. In solchen Phasen, sie dauern Gott sei Dank nur wenige Stunden, hätte ich das Bedürfnis, mit Leuten zusammen zu sein oder auch eine Kneipe zu besuchen. Aber das geht kaum, da ich wegen meiner Behinderung nicht Autofahren oder alleine weggehen kann. So muß ich die Dinge meistens vorplanen. Von Spontanität ist hier nicht die Rede. Deshalb bleibe ich oft zuhause und drehe die Musik laut auf, um hoffentlich auf andere Gedanken zu kommen.

In dieser Zeit fällt es mir auch sehr schwer, mich so anzunehmen, wie ich bin. Ich rege mich über jede Kleinigkeit auf, die nicht so gelaufen ist, wie ich es mir vorgestellt habe, z. B. wenn ich auf fremde Menschen unsicher gewirkt habe und sie deshalb einen falschen Eindruck von mir bekamen.

Ich habe gelernt, andere Schwerpunkte in meiner Freizeit zu setzen. Z. B. lese ich sehr gerne, weil ich durch Bücher meine Mitmenschen und mich besser kennenlernen kann. Für mich ist jeder Besuch unheimlich wertvoll. Sie begleiten mich in meinen trüben Tagen und geben mir immer wieder neue Kraft, um nicht aufzugeben. Mit neuer Energie gehe ich auf Menschen zu und versuche, ihre Unsicherheit gegenüber dem Fremdkörper ‚Rollstuhl' zu nehmen.

HILFE!

Statt Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel: Sonderfahrdienst

Im Januar 1979 wurde in Berlin das Forschungsprojekt „Telebus" gestartet. Wie aus einer Broschüre, dem „Telebus-Telegramm", herausgegeben vom Senator für Arbeit und Soziales und dem Senätor für Wirtschaft/Berlin, hervorgeht, „. . .ist der Anlaß für den Telebus der Widerspruch zwischen dem Anspruch der Behinderten an der selbstverständlichen Teilnahme am öffentlichen Leben und den eingeschränkten Möglichkeiten, diesen Anspruch zu verwirklichen. . ."

Eingeschränkt sind die Möglichkeiten aber in allererster Linie, weil das gesamte öffentliche Verkehrswesen für Behinderte unzugänglich ist und weiter unzugänglich neugebaut wird.

Sonnenklar, was da für Bund und Kommunen die Lösung ist: ein Sonderfahrdienst muß her, koste es, was es wolle.

Der Staat läßt sich die Aussonderung was kosten

Zur Finanzierung des Mammutprojekts wurden zunächst 49,1 Mio. DM veranschlagt, davon wurden 85 % vom Bundesministerium für Forschung und Technologie bereitgestellt, 15 % trug der Berliner Senat, der inzwischen die Finanzierung des jetzt schon 80 Mio. DM schweren Unternehmens ganz übernommen hat. Für 10 Mio. DM entwickelte Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) einen Dispositionscomputer. Die SNV (Berl. Studiengesellschaft Nahverkehr) zur Funktion des Computers: „Aus den entgegengenommenen und im Rechner gesammelten Fahrtwünschen werden am Vorabend des jeweiligen Betriebstages ab 18 Uhr die Tagesrouten für die einzelnen Fahrzeuge gebildet. Die Dispositionsaufgabe besteht darin, eine möglichst hohe Produktivität des Betriebes durch optimale Zuordnung aller Fahrtwünsche auf die einzelnen Fahrzeuge zu erreichen. Die Komplexität dieser Aufgabe verlangt ab einem bestimmten Verkehrsaufkommen den Einsatz eines Rechners mit besonderen Dispositonsprogrammen."

Diese Programme existieren aber für diese 10-Mio.-Anschaffung bis heute nicht.

Das Projekt in der Theorie

Das „Telebus-Telegramm" gibt Aufschluß darüber, wie sich die „Macher" das Projekt vorgestellt haben (wie das in der Praxis aussieht, davon später)

Was ist Telebus?

Telebus ist die Bezeichnung für einen speziellen Fahrdienst für Behinderte der per Telefon beansprucht werden kann und mit speziellen ‚computer-gesteuerten Fahrzeugen durchgeführt wird.

Planung und Durchführung sollen Modellcharakter für die gesamte BRD haben.

Wie funktioniert Telebus?

Durch Anruf in der Telebuszentrale wird der Fahrtwunsch gemeldet. Dort wird geprüft, ob zum gewünschten Zeitpunkt eine Fahrt möglich ist. Die Anmeldung wird unmittelbar bestätigt oder es wird ein Alternativangebot gemacht. Von 18 Uhr–22.30 Uhr sollen „Spontanfahrten" (für den nächsten Tag) zu bekommen sein.

Wer ist berechtigt?

Der berechtigte Personenkreis ist beschränkt auf die Personen, die aufgrund ihrer Behinderung

- ein öffentliches Verkehrsmittel nicht benutzen können (richtig: aufgrund der baulichen Hindernisse)
- ein Taxi nur mit Schwierigkeiten benutzen können
- über ein eigenes, behindertengerechtes Fahrzeug nicht verfügen

Telebus in der Praxis

Wird der Telebus den selbstgestellten Anspruch und den Bedürfnissen Behinderter gerecht?

Bietet der Sonderfahrdienst den Behinderten geleichwertige Beförderungsmöglichkeiten wie Busse und Bahnen des öffentlichen Verkehrsnetzes?

Vorneweg: die derzeit 56 Busse und 23 Taxis, die im Rahmen des Projekts unterwegs sind, erfüllen bei weitem nicht die Erwartungen die man an dieses Projekt gestellt hat. Wie die Praxis deutlich erweist, ist der Telebus kein, den öffentlichen Verkehrsmitteln gleichwertiges Beförderungssystem oder erlaubt eine „selbstverständliche" Teilnahme am öffentlichen Leben.

Aufgrund beschränkter Fahrtkapazität — mit 4.900 Telebusbenutzern hat man derzeit die Grenze der Möglichkeiten des Projekts erreicht (790 Berechtigungsanträge liegen noch auf Eis) — ergibt sich eine Voranmeldefrist von ca. 1 Woche. Wer die 88 00 33 für Normalbestellung oder die 88 00 31 08 für Spontanbestellung (die sowieso sogut wie nicht möglich ist) wählt, muß sich meist die Finger wund wählen, bis er das Freizeichen hört — braucht also bevor er die Fahrt überhaupt antritt schon mal viel, viel Zeit und Geduld.

Was die Pünklichkeit angeht, wird das 80 Mio. schwere Großunternehmen nicht einmal bescheidensten Ansprüchen gerecht. Verspätungen um 2 Stunden sind im Extremfall schon mal drin.

Deshalb bestellen findige Leute für 18, 19, 20 Uhr ein Taxi, wenn sie einen Termin um 20.30 einhalten müssen.

Um Verzögerungen zu begrenzen, wurde der Telebus durch eine, in der BRD einzigartige Neuheit bereichert, dem „fliegenden Dienst", der mit einem PKW zum Start, bzw. Zielort des Fahrgastes fährt, um die vor, bzw. nach der Fahrt anfallenden Hilfen zu geben.

Ganz schön aufwendig, außerdem konnte diese geniale Erfindung, die, durch den Computer vorprogrammierten Verzögerungen nicht aufholen.

Der Computer

Schon bald mußten die Berliner Entwickler feststellen, daß der Dispositionscomputer mehr Verwirrung als Ordnung brachte, deshalb schaltete man ihn 1982 vorerst ab, mit dem Ergebnis, daß mit Hilfe manueller Techniken 600 Fahrten mehr am Tag bewältigt wurden.

Mit dem Computer lassen sich exakte Fahrzeiten nicht errechnen. Über den Berliner Stadtplan wurde ein „Verkehrsnetz" gelegt. Jedes der so entstehenden Rechtecke bekam einen Verknüpfungspunkt. Der Computer rechnet die Fahrt nicht vom Start- zum Zielort sondern von Verknüpfungspunkt zu Verknüpfungspunkt. Daß das Fahrzeug aber, um zum Zielort zu kommen, oft erhebliche Umwege fahren muß, „sieht" der Computer nicht.

Ohne Dispositionscomputer unterscheidet sich dieses Projekt prinzipiell nicht von anderen Sonderfahrdiensten.

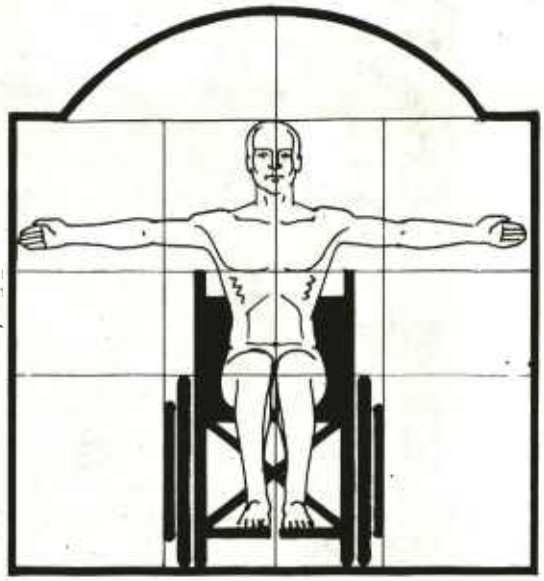
Dazu E. Bauer, Leiter der Abtlg. Behindertenpolitik beim Senat: „Hier ist kein Fahrdienst in die Welt gesetzt worden, der vollständig funktioniert. Es hätte von Anfang an stärker betont werden müssen, daß dies ein Forschungsvorhaben ist. Ich will es einmal überspitzt ausdrücken: Die Schwierigkeiten waren im Rahmen des Forschungsprogramms absichtlich gewollt, um Lösungen zu erarbeiten. Es wäre natürlich schöner gewesen, wenn es von Anfang an hingehauen hätte."

War es nun „absichtlich gewollt" oder nicht?

Da darf man ja gespannt sein, welche „Lösungen" da in Zukunft noch erarbeitet werden!

Die Konkurrenz: Nahverkehrsprofis

Ohne öffentliche Hilfe und ohne weiteren Aufwand hat sich in Bremen ein Behindertenfahrdienst entwickelt, der dem umständlichen, aufwendigen Telebus weit überlegen ist. 1977 entwikkelte ein Bremer Taxifahrer den Schwenksitz, der Rollstuhlfahrern das Taxifahren erleichtert und legte damit den Grundstein zum Aufbau eines Taxifahrdienstes in Eigeninitiative, der heute von 35 Taxiunternehmen mit 55 Fahrern betrieben wird. 5 PKW-Anhänger für E-Stühle wurden angeschafft.



Der Sonderfahrdienst des ASB wird nur noch von den Behinderten benutzt, die nicht in der Lage sind, ihren Rollstuhl zu verlassen.

Die Nahverkehrsprofis punkteten ihre sozialen Kollegen schnell aus. „Wenn einer nur irgendwie kann, wird er nicht mit dem ASB fahren. Da sind keine Spontanfahrten möglich, außerdem kann man sich auf die nicht verlassen. Mit einer halben Stunde und mehr Verspätung muß man immer rechnen — wie wollen sie da pünktlich zu einer Veranstaltung kommen?"[1]

Die Taxifahrer verfügen über eine bessere Ortskenntnis, kennen oft sogar die Schaltzeiten der Ampeln. Umwege, die gefahren werden müssen, bis alle Fahrgäste „an Bord" sind (wie es beim Telebus erforderlich ist) entfallen hier. Länger als 10 Min. muß keiner warten, Spontanfahrten über ein bestehendes, eingespieltes Nahverkehrssystem, das seine Existenz und Rentabilität nicht aus einer Spezialaufgabe ableitet, verfügen.

Dabei haben sich vielfältige soziale Beziehungen zwischen den Fahrern und ihren Kunden entwickelt. So gibt es den Fahrer, der auch mal unterwegs ein Brot, einen Blumenstrauß besorgt oder der, wenn nötig unterwegs auch mal aufs Klo hilft. Benötigt ein Fahrer eine Hilfsperson, z. B. bei einem Treppentransport, ruft er über Funk ein zweites Taxi. 80 % der Berechtigten fahren mit dem Taxi, nur 20 % benutzen den Sonderfahrdienst. Angeblich werden die wenigen Spezialfahrten immer teurer, da der Spezialdienst nicht ausgelastet sei. Im Klartext heißt das: Taxibenutzer sollen wieder beim ASB mitfahren. Da fragt man sich, warum man nicht den Sonderfahrdienst verkleinert statt ihn wieder auf alle Rollstuhlfahrer ausdehnen zu wollen.

Telebus bundesweit?

Ungeachtet der Vorzüge des Bremer Modells und der Berliner Pleite soll der Telebus weiterhin Modellcharakter für die gesamte BRD haben. So liegt auch für München eine Übertragungsstudie des Berliner Modells vor, 595 000 DM sind schon in den telebusmäßigen Ausbau des bestehenden Fahrdienstes investiert worden. Scheinbar ignoriert wird, daß gegenüber dem unrentablen, umständlichen, aufwendigen Sonderfahrdienst Taxis schneller, billiger, zuverlässiger, zudem sofort verfügbar sind.

Eine Fahrt mit dem Sonderfahrdienst kostet (einfach) mindestens 39,– DM (eher mehr). Trotzdem hat das Modell der wesentlich billigeren Initiative der Bremer Taxifahrer keine Chance, sich als Modell gegen einen institutionalisierten Fahrdienst durchzusetzen.

Da muß sich doch für wen der Sonderfahrdienst lohnen. . .?

Die Telebusmio. für den U-Bahnausbau!

Ein ebenso schnelles, zuverlässiges Beförderungsmittel wie Taxis, dazu aber noch billig und umweltfreundlich ist — zumindest in großen Städten — die U-Bahn. Die BVG (Berliner Verkehrsbetriebe, und nicht nur die) erhielt bis dato jährlich 53 Mio. als Aufwandsentschädigung für unentgeldliche Beförderung Behinderter (Ändert sich nach den Kürzungen ja vielleicht etwas oder auch nicht).

Da ist es eine Unverschämtheit, was da an Gegenleistung gebracht wird. Nämlich sogut wie nichts. Meist sind bevor eine Fahrt angetreten werden kann, mehr oder weniger waghalsige Manöver nötig, um auf den Bahnsteig zu gelangen. Die Verkehrsbetriebe sind nicht gewillt, Aufzüge in die U-Bahnhöfe einzubauen. 1982 kostete der Einbau eines Aufzugs in einen bereits vorhandenen Bahnhof im Höchstfall 1,5 Mio., gleich mit eingeplant 1 Mio.. Selbst wenn es heute teurer ist — mit den Millionen der (zukünftigen) Telebusmodelle und denen, die die Verkehrsbetriebe zugebuttert bekommen, könnte der behindertengerechte Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel finanziert werden.

Aber das wird ja bewußt zugunsten eines Sonderfahrdienstes vermieden, dessen Notwendigkeit mit der Ermöglichung der „selbstverständlichen Teilnahme Behinderter am. . . bla, bla. . ."

Es ist höchste Zeit, sich gegen diese Heuchelei zur Wehr zu setzen, denn ist der Telebus erst mal da, heißt es: Was? Ihr wollt den Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel? Aber Ihr habt doch euren Telebus!

1 H. M. Dunker in: Paraplegiker, Nr. 1, '84

TELEBUS NO MERCI

BEHINDERTE IN NORWEGEN

„Seit einem Dreivierteljahr arbeite ich nun beim norwegischen Behindertenverband (NHF) als Helfer für den Vorsitzenden, der selbst Rollstuhlfahrer ist, und außerdem soll ich mich hier der internationalen Kontaktpflege widmen (was sich etwas großkotzig Auslandsreferat nennt). Ich habe mir vorgenommen, in diesem Artikel etwas über die Situation der Behinderten im hohen Norden zu berichten.

• PRIMA KLIMA

„Kindergulag in Schweden", so lautete die Überschrift einer der Spiegelartikel über Schweden im letzten Herbst. Das skandinavische Sozialsystem, in den 60er Jahren als Modell gepriesen, ist in den 80ern zum abschreckenden Beispiel geworden. Von der wuchernden Bürokratie, die über die Köpfe der Betroffenen hinweg bestimmt, die Bürger unmündig macht, ist die Rede.

Mit den Problemen Behinderter beschäftigt sich der Spiegelartikel nicht. Wie sieht es für sie aus in einem Land mit dem Anspruch eines „Wohlfahrtsstaats" in einer Zeit, in der anderswo Behinderte von Streichungen als erste betroffen sind? (Mein Erfahrungsbereich bezieht sich zwar auf Norwegen, aber Norwegen und Schweden nehmen sich da nicht so viel). Die gesellschaftliche Integration Behinderter ist in Norwegen wegen weiter fortgeschritten als in den meisten anderen Ländern. Das drückt sich in einer Reihe von Gesetzen aus, die gleiche Lebensbedingungen für Behinderte schaffen sollen. Dazu gehört z.B. das Baugesetz, das vorschreibt, daß Wohnhäuser mit mehr als drei Wohnungen zugänglich sein müssen für Rollstuhlfahrer. Der zugängliche Eingang soll der Haupteingang sein (!), das verhindert das Einschleichenmüssen über den Lieferanteneingang.

Die Sonderschulen sind bisher nicht ganz aufgelöst, aber die Schulbehörden müssen bei den gewöhnlichen Schulen die Voraussetzungen schaffen, daß behinderte Schüler am Unterricht teilnehmen können. D. h. die Schule muß zugänglich für Rollstuhlfahrer sein, und es müssen eventuelle Hilfsmittel für den Unterricht vorhanden sein.

Verschiedene kommunale Regelungen sollen es Behinderten ermöglichen, in der eigenen Wohnung zu leben und dabei die Hilfe zu bekommen, die sie benötigen.

Gesetze können nur die Grundlage einer Emanzipation sein (oder ihre Folge), letztendlich ist dies eine ziemlich formale Ebene. Wie aber ist die Einstellung der Bevölkerung?

Natürlich ist das schwer festzustellen. (Ich arbeite auf einem Büro, wo ein Drittel der Mitarbeiter behindert sind, da ist das eh zu einer normalen Sache geworden).

Auch in Norwegen trifft man auf solche Haltungen, wie sie eine ältere Frau ausdrückte, die mir sagte: „Det er sa mange stakkare her (Es sind so viele „Arme" hier)". Aber Einstellungen lassen sich sicher auch an den Medien ablesen – und da kommt man an Behinderten ganz einfach nicht vorbei. In den Zeitungen findet man ständig Berichte (auch auf der Titelseite) und seien es nur welche über irgendeine Diskriminierung Behinderter (auch die gibt es hier).

Häufig sind es aber auch andere Beiträge: Eine Sendung im Radio etwa über Urlaubsmöglichkeiten, in der ganze selbstverständlich auch die für Rollstuhlfahrer erörtert werden. Und zwar nicht nur, welche SPEZIELLEN Urlaubsstätten (Reservate) es gibt, sondern welche Angebote Behinderte auch nützen können. Oder in der norwegischen Tagesschau wird Samstagabends ein längerer Beitrag über zwei „Geistigbehinderte" (hier weniger diskriminierend „psykisk utviklingshemmede" – „geistig Entwicklungsgehemmte" genannt) gesendet, die geheiratet haben und zusammen in eine eigenen Wohnung gezogen sind.

Aber ich will die Situation der norwegischen Behinderten hier natürlich nicht nur in riesigen Farben malen. So toll sieht es nämlich auch nicht aus.

Auf die Frage, ob er glaube, daß es den Behinderten in Norwegen wirklich so schlecht geht, wenn er dauernd behaupte, daß sich die Lebensbedingungen der Behinderten in den letzten Jahren kräftig verschlechtert hatten, antwortete der Vorsitzende des NFH: Ich will die Fragestellung nicht akzeptieren. Frage heute einen normalen Mann in Norwegen, ob er eine Verminderung seines Einkommens um 10% hinnehmen wollte . . ."

Das ist eine gute Beschreibung der Situation. Die Frage ist nicht, ob es Behinderten in Norwegen so schlecht geht, der Vergleichspunkt ist vielmehr die übrige Bevölkerung. In den letzten Jahren hat es kaum Fortschritte oder sogar Rückschritte gegeben. Die Behinderten und ihre Organisationen müssen ständig auf der Hut sein, daß das Rad nicht zurückgedreht wird.

Für die Kürzungen im Sozialbereich tragen die seit drei Jahren regierenden Konservativen die Hauptverantwortung. Die internationale Wirtschaftskrise müßte im reichen Ölland Norwegen nicht so große Auswirkungen haben. Wie man sich allerdings denken kann haben die konservativen Ideologen anderes mit dem Ölgeld vor, als es für die Chancengleichheit aller Bürger auszugeben.

- Vi tvinges til å gå tiggergang

ARBEIDERBLADET ONSDAG 12. OKTOBER 1983

- Mister vi rullestolen?

Mit dem Streichen von Sozialleistungen versucht man es im allgemeinen hintenrum, so einfach ist das nämlich in einem skandinavischen Land nicht, dessen Bewohner an gewisse Dienstleistungen gewohnt sind, vor allem wenn die Koalitionspartner der konservativen Partei sich auch noch sozial profilieren wollen.

Typisch ist die Vorgehensweise bei den „Rahmenzuschüssen". In Norwegen hatten auch die verantwortlichen Politiker eingesehen, daß das Pflegesatzsystem (die Institutionen bekommen Geld für ihre besetzten Plätze) dazu führt, daß die Heime kein Interesse daran haben können, daß Behinderte selbständig wohnen. Im Zusammenhang mit einer größeren Umorganisierung des Gesundheits- und Sozialwesens wurde eingeführt, daß die Kommunen zwei verschiedenen Rahmenzuschüsse für Aufgaben auf diesem Gebiet bekommen, u. a. auch für Aufgaben im Behindertenbereich. Wie die Gelder im einzelnen verteilt werden, entscheidet die betreffende Kommune. Die Probleme sollen da gelöst werden, wo sie entstehen. So weit so gut.

Diese Sache hat allerdings zwei Haken. Zum einen tritt der Staat immer mehr Aufgaben an die Kommunen ab, ohne daß diese dafür gleichzeitig mehr Geld bekämen. Das hat dazu geführt, daß die meisten Kommunen hochverschuldet sind, und in Gebieten, wo das soziale System sowieso nicht besonders entwickelt ist — wie in dem nördlichsten Bezirk, der Finmark — steht das Sozialsystem vor dem Zusammenbruch. Zum anderen ist ein starker Einsatz der Behindertenorganisation auf lokaler Ebene notwendig, damit die Angebote für Behinderte nicht einfach zusammengestrichen werden. — Positive Ansätze werden zu Kürzungen benutzt! Ähnliches findet man auch in der BRD: Stichwort Selbsthilfe.

Die Kosten für technische Hilfsmittel, in der Hauptsache Rollstühle, werden vom Staat getragen. Im letzten Herbst hatte der Sozialminister plötzlich die Idee, diese sollten bei Heimbewohnern doch in Zukunft von den Institutionen bezahlt werden. Behinderte demonstrierten, das Fernsehen berichtete und das Ministerium mußte einen Rückzieher machen. Ein positiver Ausgang, aber mit einem schalen Beigeschmack: Schließlich kann das Fernsehen nicht alles aufgreifen. In anderen Fällen waren die Streicher erfolgreicher. Die Mindestpensionäre (in Norwegen gibt es eine Mindestrente von 60.000 Kr. = 20.000 DM), von denen viele Behinderte sind, halten schon seit langem nicht mehr mit der allgemeinen Einkommensentwicklung mit. Kürzungen auf Raten fallen nicht so auf, sagt sich die Regierung.

Die norwegischen Behinderten müssen um das von ihnen Erreichte kämpfen. Auch wenn die Kürzungen von einem höheren Niveau ausgehen als in Deutschland, die Tendenz ist allemal dieselbe — und eine Schande für das reichste Land der Welt. Bei all diesen nur versuchten oder auch geglückten Einschnitten in staatlichen Leistungen kommt es den norwegischen Behinderten zugute, daß sie eine gute Lobby haben, daß auf ihre Organisation Rücksicht genommen werden muß.

Der größte Verband ist der Norges Handikapforbund, in dessen Hauptbüro ich arbeite. Der NHF ist vor ca. 50 Jahren als Wohltätigkeitsorganisation für die „armen" Behinderten gegründet worden, hat aber von Anfang an mehr politisch-fortschrittliche Forderungen gestellt als manch ein deutscher Behindertenverband heute. Bereits in den dreißiger Jahren wurde die Integration behinderter Schüler in gewöhnlichen Schulen gefordert.

In den 70er Jahren übernahmen die Behinderten selbst die Macht im NHF und machten den Verband zu ihrer Interessenorganisation.

Man kann ihn allerdings weder mit den überalterten deutschen Verbänden noch mit der Behindertenbewegung oder der Krüppelbewegung in der BRD vergleichen. Der NHF ist keine „revolutionäre" Organisation, sondern „sozialdemokratisch" in einem von sozialdemokratischer Kultur geprägten Land. Das bedeutet, daß man bei aller Kritik

handicapnytt

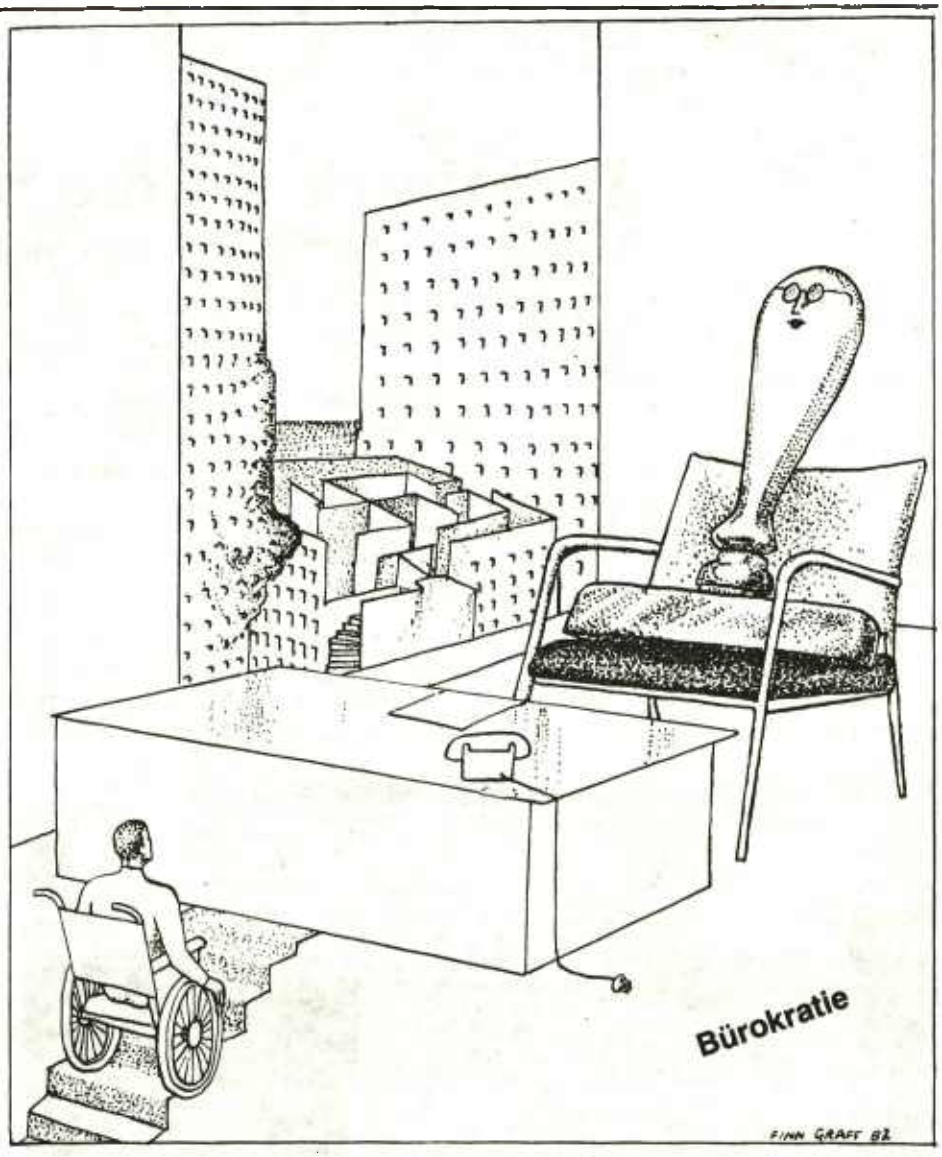
an staatlichen Maßnahmen trotzdem mit diesen im Gespräch bleibt. Das ist natürlich einfacher als in der BRD, hat man doch das Gefühl, nicht nur gegen Mauern zu rennen.

Das Hauptgewicht der Arbeit liegt darauf, Einfluß auf politische Entscheidungen zu nehmen und die Mitglieder zu aktivieren und zu schulen. Auch die Position der Institutionsbewohner gegenüber den Heimen zu starken, ist einer der Schwerpunkte (Institutionen sind nämlich auch in Norwegen weiterhin der gewöhnliche Aufbewahrungsort für Behinderte, auch wenn sie im Vergleich zur BRD kleiner, die Alternativen zahlreicher sind).

Sozialdemokratisch bedeutet auch, daß man sehr stark auf einen ausgebauten Verwaltungsapparat setzt: Die Zahl der Mitarbeiter hier im Büro stieg in den letzten 5 Jahren von 12 auf 34 (was für mich deutlich spürbar ist, da neben mir gerade mit viel Lärm das Büro ausgeweitet wird). Das bringt mehr Bürokratie mit sich, aber gleichzeitig ist vor allem der Ausbau der technischen Abteilung Garantie dafür, daß Detailkenntnisse in der Hand der Behinderten selbst sind, während diese anderswo der Staat/Nichtbehinderte kontrollieren.

Die Kritik an der Sozialdemokratie und dem skandinavischen Modell sind größtenteils berechtigt. Aber gleichzeitig sollte man nicht vergessen, daß man in Skandinavien mit der Arbeit für gesellschaftliche Integration Behinderter weitergekommen ist als in den meisten anderen Ländern (mit Ausnahme von Italien).

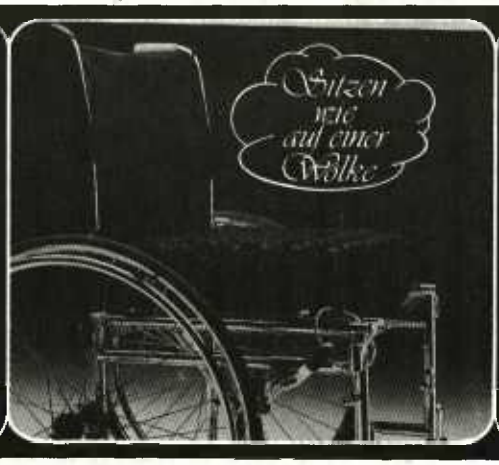
Aber ein Modell? Die Frage ist ja z.B. ob Behinderte in der BRD eine Integration in die jetzige Gesellschaft überhaupt für erstrebenswert halten. So einfach übertragbar ist das, was hier geschehen ist, nicht, dazu sind die Bedingungen unvergleichbar anders – aber Anregungen kann die Entwicklung im Norden sicher weiter geben.



Fragen beantworte ich immer gerne, meine Adresse:

Andreas Habicht
Norges Handikapforbund
Nils Hansens Vei 2
N–0667 Oslo 6 (Norwegen)

ROHO
Trocken-Flotations-kissen
Repräsentanz Dipl.-Kfm. J. Schmekel
Leimbachring 16 · D-6902 Sandhausen
Tel.: 0 62 24/86 48



- Gleichmäßige Druckverteilung.
- Keine punktuelle Maximalbelastung auf den Sitzbeinen.
- Erhebliche Herabsetzung der Gefahr von Druckgeschwüren.
- Langes, beschwerdefreies Sitzen.
- Geringes Gewicht, leichte Reinigung.

AB IN'S HEIM
. . . koste es was es wolle

Über die Eröffnung eines Sehbehindertenzentrums schreibt der Münchener Merkur im Mai d. J.:

Lichtblick für die Sehbehinderten

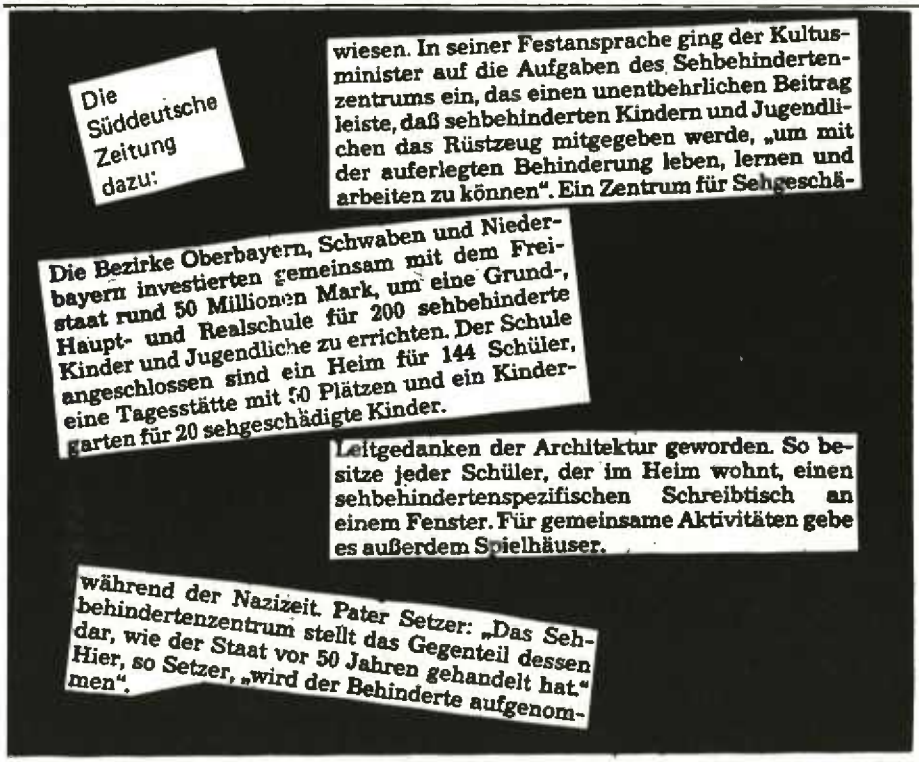
In Unterschleißheim können jetzt rund 200 Kinder betreut werden

„Viel zu viel Eltern schicken ihre Kinder noch auf eine nomale Schule, statt ihnen einen individuellen Unterricht zu bieten", klagt Rudolf Geiger vom Bezirkstag Oberbayern. „Hier können wir jedem persönlich helfen, während sie woanders einfach nur durchgezogen werden." Mit „hier" ist das neue Sehbehindertenzentrum in Unterschleißheim gemeint, das kürzlich vom Bayerischen Kultusminister Hans Maier eingeweiht wurde (wir berichteten). Rund 50 Millionen Mark hat das Zentrum, das 200 sehbehinderten Kindern und Jugendlichen Platz bietet, gekostet.

Schon Anfang der 70er planten die Bezirke Oberbayern, Schwaben und Niederbayern eine Entlastunf für die überfüllte Augsburger Schule des „Vereins für Sehgeschädigtenerziehung".

Doch die ursprünglichen Bemühungen, ein Zentrum auf der Rottmannshöhe am Starnberger See zu realisieren, scheiterten am Widerstand der Kommunalpolitiker und der Bevölkerung. Die Gemeinde Unterschleißheim bot 1976 ein Grundstück an, das vom Verein auch gekauft wurde. 1980 wurde mit dem Bau des Projekts von den Bezirken und dem Freistaat finanziert, begonnen. Auf über 35000 Quadratkílometer entstanden eine Grund-, Haupt- und Realschule, ein Heim mit 144 Plätzen, eine Tagesstätte für etwa 50 Schüler und als schulvorbereitende Einrichtung ein Kindergarten mit 20 Plätzen.

In der Schule werden keine Blinde, sonderen ausschließlich Sehbehinderte betreut, die trotz eines nicht mehr behebbaren Sehschadens noch über einen „Sehrrest" verfügen. Die Kinder sind in kleinen Klassen zusammengefaßt und arbeiten an sehbehindertenspezifischen Maßnahmen.



München, den 6.6. 84

Was soll dieser Schwachsinn Herr Minister?

Überlegungen zur Ausgliederung Behinderter, von Uwe Frehse.

Für 220 Plätze eines Sehbehindertenzentrums in Unterschleißheim bei München 50 Millionen Mark Baukosten!
Oder, 40 Millionen für einen geplanten Erweiterungsbau der Landesschule für Körperbehinderte, ca. 200 Plätze mehr.

Rechne einmal nach! Das sind so um die 200.000,– DM pro Platz eines behinderten Schülers. Wenn sich jemand nur minimal über die Preise für Hilfsmittel und für die Mehrkosten von behinderten gerechten Bauten auskennt, der merkt sofort, daß mit diesem Geld jede Schule in München mit den besten und modernsten Hilfsmitteln ausgestattet werden kann und zugleich behindertengerecht umgebaut werden könnte. Es würde dabei sogar noch genügend Geld übrig bleiben um die Regelschullehrer auf die besonderen Bedürfnisse Behinderter vorzubereiten.

Nun verbraucht das Personal einer Sonderschule auch ein Gehalt. Diese Fachkräfte könnten genauso gut in den Regelschulen eingesetzt werden um gezielte behinderte Schüler zu fördern. Nun gibt es aber eine Reihe von Fächern die von dem einen oder anderen Behinderten ohne weiteres ohne Sonderbehandlung besucht werden kann, d. h. es würden hier noch Kapazitäten frei werden. Von den laufenden Unterhaltskosten eines Sonder-Betreuungszentrum ganz zu schweigen.

„Viel zu viele Eltern schicken ihre Kinder noch auf eine normale Schule, statt ihnen einen individuellen Unterricht zu bieten", klagt Rudolf Geiger vom Bezirkstag in Oberbayern. Dennoch sind immer Eltern behinderter Kinder, trotz dieser erheblichen Schwierigkeiten, bemüht ihre Kinder auf öffentliche Schulen zu schicken. Dabei handelt es sich bei diesen Integrationsversuchen fast immer um notdürftige Lösungsversuche, da meist eine zufriedenstellende Unterstützung fehlt! In den vorhandenen Behinderteneinrichtungen Münchens treten mehr und mehr, vor allem im Internatsbereich, Belegprobleme auf. Das heißt immer weniger Behinderte gehen in die Anstalt! Dabei nimmt die Gesamtanzahl der Behinderten prozentual zu. Bei der gegenwärtigen Steigerungsrate kann es sich unsere Gesellschaft in den kommenden 100 Jahren nicht mehr leisten, alle Behinderten zu institutionalisieren.

Eine Kindheit in einem Sehbehindertenzentrum dient nie und nimmer dazu „um mit der auferlegten Behinderung leben, lernen und arbeiten zu können", wie Kultusminister Hans Maier überzeugt ist. Ein selbstbestimmtes, kreatives Leben in einer modernen

Gesellschaft wird vor allem dann verhindert, wenn die aussondernde Einrichtung am äußersten Stadtrand ist.

Ich selbst habe 10 Jahre in einer derartien Anstatlt meine Kindheit verbringen müssen und habe meine Erfahrungen gemacht, da man mir keinen Platz in der Gesellschaft gab.

Es gibt mittlerweile genügend positive Beispiele und Modelle von integrativen Schulen. Wenn es bestimmte Politiker nicht schaffen sich diese Erfahrungen und dieses Wissen anzueignen und wenn sie es außerdem nicht fertig bringen mit finanziellen Mitteln bildungspolitisch gesehen effektiv umzugehen, dann spricht dies für eine völlig mangelhafte Kompetenz.

gez. Uwe Frehse

Leserbrief von A. Rüggeberg

Sehbehindertenzentrum

Sehbehindert – kein Grund Kinder in Heime und Sonderschulen abzuschieben

Mit persönlicher Betroffenheit und Bestürzung habe ich Ihre Berichte über die Einweihung des neuen Sehbehinderten-Schulzentrums in Schleißheim zur Kenntnis genommen.

Es wollte und will mir nicht in den Kopf, warum solche absondernden Zentren, die behinderte Kinder und Jugendliche aus ihrer Familie und aus ihrer Gemeinde herausreißen tatsächlich notwendig sein sollen, um ihnen „bessere" Startchancen für's Leben zu vermitteln.

Ich fühlte mich erinnert an meine eigene Schulzeit, die zwar auf einer Sonderschule für Sehbehinderte begann, bis meine Eltern die Idee hatten, ich könnte doch eigentlich ein „normales" Gymnasium besuchen.

So gewagt das Projekt erschien, es funktionierte ausgezeichnet: Wir fanden hilfsbereite Lehrer, die aussprachen, was sie an die Tafel schrieben; ich durfte meine Klassenarbeiten mit einer geräuschdämpfenden Schreibmaschine im Klassenraum schreiben (also keine Absonderung während der Klassenarbeiten); bei Texten, die zur Vor- oder Nachbereitung des Unterrichts erschlossen werden mußten, half mir am Nachmittag ein Vorlesehelfer regelmäßig.

Nein – ich berichte hier nicht über eine Modellschule für Integration, sondern über ein ganz „normales " Gymnasium. Eine Menge erfolgreicher Einzelfälle aus der Bundesrepublik und umfassende Erfahrungen mit der schulischen Integration sehbehinderter und blinder Schüler im Ausland belegen, daß der integrierte Weg der Beschulung möglich und unter verschiedenen Gesichtspunkten auch wesentlich menschlicher und kostengünstiger ist.

Da mutet es wie Sonderpädagogik aus der Mottenkiste an, wenn Kultusminister Maier, der gewiß noch nie praktische Erahrungen mit der schulischen Eingliederung von sehbehinderten und blinden Schülern sammeln konnte, unbedacht und selbstsicher davon ausgeht, daß nur eine solche Sonderbehandlung der Behinderten eine Grundlage für's Leben sein könnte.

200 Schulplätze von der Grundschule bis zur Realschule sind geschaffen worden, die meisten Schüler werden vom Internat aus – also weit weg von zu Hause – ihre Schullaufbahn absolvieren. Sie werden nicht die Gelegenheit haben, mit der „normalen" Welt der „Sehenden" Erfahrungen zu sammeln; und das wird ihnen eines Tages viele Probleme und Ängste bereiten.
Spätestens dann, wenn sie in Studium oder Beruf mit dieser Welt der „Sehenden" fertig werden müssen, werden sie merken, daß dafür keine noch so pädagogisch geschickt geführte Sonderschule die rechte Vorbereitung liefern kann.

Ich würde mich freuen, mit Eltern und Schulen Kontakt zu bekommen, die fortschrittlicher und menschlicher denken und bereit sind, sehbehinderten und blinden Kindern die Eingliederung in der Regelschule zu ermöglichen. Der organisierten staatlich-kulturpolitischen Abschiebung von behinderten Kindern, Jugendlichen und auch Erwachsenen können wir nur praktisch erfolgreiche Beispiele gelungener Eingliederung und Selbständigkeit entgegensetzen.

August Rüggeberg (Dipl.-Psych.)
VIF-Vorstandsvorsitzender

Karl-Bosch-Straße 33
5000 Köln 30
Telefon (02 21) 58 30 45

Einladung zum 1. Lebenshilfe-Tag

Sehr geehrte Damen und Herren!

Anläßlich des 20jährigen Bestehens des Landesverbandes der LEBENSHILFE für geistig Behinderte NW e. V. wird vom 6.–8. September 1984 in Köln der 1. LEBENSHILFE-Tag durchgeführt, zu dem Eltern, Angehörige, geistig Behinderte, Fachleute und politisch Verantwortliche erwartet werden.

Der 1. LEBENSHILFE-Tag gliedert sich in drei Teile:

- 1. LEBENSHILFE-Kongreß am Donnerstag, dem 6. September 1984 zum Thema: Geistig Behinderte – Familie, Recht und Gesellschaft
- Landesweites Sport- und Spielfest für geistig Behinderte in NW am Freitag, dem 7. September 1984
- LEBENSHILFE-Familientag am Samstag, dem 8. September 1984 – „Wir schippern auf dem Rhein".

Wir möchten Sie herzlich zu unserem 1. LEBENSHILFE-Tag einladen und würden uns freuen, wenn Sie Gelegenheit sehen würden, Ihre Mitarbeiter und eventuell weitere Untergliederungen Ihrer Einrichtung auf dem Kongreß am 6. September 1984 aufmerksam zu machen.

Da eine Teilnahmebegrenzung beim LEBENSHILFE-Kongreß gegeben ist, bitten wir um möglichst umgehende Rückmeldung.

Mit freundlichen Grüßen
Landesverband der Lebenshilfe NW e.V.

Anzeige

Ärger mit Ämtern?

Haben Sie Schwierigkeiten mit Behörden? Ich stehe Ihnen unbürokratisch mit Rat und Tat zur Verfügung:

Im Bürgerbüro für den Landkreis München
Isartorplatz 8, 8000 München 2
Telefon 22 02 33 (Sprechstunden jeden Montag ab 10 Uhr).

Dr. Peter Paul Gantzer, SPD
Mitglied des Landtags, Petitionsausschuß

Behindertes Leben – unwertes Leben?

Seit Hackethals medienträchtiger Sterbehilfe ist das Thema wieder in aller Munde: wann hört menschliches Leben auf, lebenswert zu sein? Klammheimlich aber toleriert wird schon lange auch in bundesdeutschen Krankenhäusern „Sterbehilfe" für behinderte Babys praktiziert. Theresia Degener, Jurastudentin und selbst „Contergankind", findet den „natürlichen Ausweg" gar nicht natürlich.

Nun sind wir soweit: Wir schreiben das Jahr 1984. Alle reden vom Orwell-Staat, vom Überwachungsstaat und von der Diktatur der Datenbänke. Gegen Genmanipulation, kommerzialisierte Retortenbabies und gefrorene GSG-9-Samen zu sein, gehört mittlerweile zum links-feministischen Bewußtsein. Andererseits wird medizinisch-technischer Fortschritt aber auch gerne genutzt.

Szenenwechsel: die Universitätsfrauenklinik Bonn, wo „man neben den großen Zentren in San Francisco und dem King's College in London über die größten Erfahrungen mit der Ultraschalldiagnostik verfügt"; oder nehmen wir eines der 32 bundesdeutschen Institute, die Fruchtwasseruntersuchungen zur Früherkennung von Erbschäden durchführen. Bundesdeutsche Erkennungsdienststellen für Mißbildungen oder besser – genetische TÜV-Abnahmestellen für Kinder auf Garantieschein? Gegen Huxley's „Schöne neue Welt" ist mensch allemal, aber das Retortenbaby sollte nicht gerade durch ein Krüppelbaby ersetzt werden. Denn, daß behindertes Leben „trostloses Leben"(Die Zeit, 6.1. 84) bedeutet, glaubt jede/r zu wissen.

In den letzten zwei Jahren hat sich auch die Presse des Themas verstärkt angenommen. Meldungen über Prozesse zur Frage, ob behinderte Säuglinge am Leben gehalten werden „müssen", sind keine Seltenheit in der „aus aller Welt"-Rubrik mehr. In New York gab ein Gericht den Eltern eines behinderten Kindes Recht in ihrer Entscheidung, das zehn Tage alte Kind keiner lebenserhaltenden Operation zu unterziehen, weil die Schädigungen dadurch nicht beseitigt würden. In Indiana entschieden die Richter, daß ein sechs Tage alter mongoloider Säugling nicht ernährt zu werden bräuchte. Ein Londoner Gericht, das für ein zwölf Tage altes mongoloides Mädchen die lebenserhaltende Operation verfügte, wollte seinem ausnahmsweise positiven Urteil keine Allgemeingültigkeit beimessen: „In anderen Fällen, in denen die Zukunft des Kindes noch ungewisser und mit mehr Schmerz und Leiden verbunden ist, könne ein anderes Gericht zu einem anderen Urteil kommen" (Frankfurter Runschau, 10. 8. 81) ‚Minder schwerer Fall von Totschlag', hieß es im Fall des Münchner Privatklinik-Arztes, der einen vermeintlich behinderten Säugling totspritzte, als der Säugling nach siebzig Minuten „Liegenlassen" immer noch nicht sterben wollte. An der Ausübung seines Berufes soll der Arzt seitens des Gerichts nicht gehindert werden. Die Empörung, die durch die Presse ging, konzentrierte sich nicht darauf, daß das Mädchen getötet wurde, sondern darauf, daß es wahrscheinlich gar nicht behindert war.

Dies sind einige Fälle aus der Tagespresse, die sicherlich nur einen kleinen Ausschnitt der tatsächlichen Situation zeigen. Im Zusammenhang mit dem Prozeß zum Münchner Privatklinik-Fall wurde bekannt, daß das „Liegenlassen" behinderter Säuglinge zur Regel in bundesdeutschen Kliniken geworden ist. Nicht anders sieht es in England aus. Dort berichteten zwei Pädiater bereits vor zehn Jahren im renommierten „New England Journal of Medicine", daß 14 Prozent der Todesfälle in der Neugeborenenabteilung ihres Krankenhauses auf bewußte Nichtbehandlung schwergeschädigter Babies zurückzuführen seien.

Theresia Degener

Die öffentliche (Presse)Meinung über derartige Fälle ist einhellig: Vom „natürlichen Ausweg" ist da die Rede, den man „akzeptieren" müsse, um Eltern und Kind viel „Leid zu ersparen".

Es geht ja nur um wirklich schwere Fälle, heißt es jeweils. Doch wie sehr gerade diese Bewertung dem „Wandel der Gesellschaft" unterliegt, zeigt ein Artikel der Frankfurter Rundschau vom August 1962 zur Zeit des Contergan - Skandals. „Schwer zu entscheiden", lautete die Überschrift über ein Plädoyer für Abtreibung. Nicht am Abtreibungsverbot selbst wollte man rütteln (schon gar nicht für das Selbstbestimmungsrecht der Frau stimmen), nur dieses eine Mal sollte eine Ausnahme gemacht werden. Denn es gehe „um eine unbestimmte, aber wohl nicht allzu hohe Zahl von Individuen, die als Menschen zu bezeichnen Beschönigung wäre... Säuglinge ohne Arm und Bein, ... Babies mit seelenlosem Blick und abwesendem Geist... Individuen, die von Menschen abstammen, selber aber mit Menschen kaum noch etwas gemein haben. Wir ersparen unseren Lesern diese Photographien, sie gehören nicht in eine Tageszeitung, sie gehören allein in medizinische Fachpublikationen." (FR 2.8.62)

Man wußte es halt nicht besser... Doch wer weiß es heute besser? „Wer aus Humanität befürwortet, Neugeborene mit schwersten Mißbildungen nicht am Leben zu erhalten, ist ganz und gar kein Sozialdarwinist. Das Argument entspringt der Überzeugung, technische Möglichkeiten verantwortlich einsetzen zu müssen, nicht jemanden zu einem Leben zu verdammen, das keiner von uns freiwillig führen möchte", meint Bioethikerin Bettina Schöne-Seifert in der „Zeit" vom 6.1.84.

Die Forderung, technische Möglichkeiten verantwortungsbewußt – vor allem in bezug auf den/die Patienten/in – einzusetzen, hat durchaus ihre Richtigkeit. Nur, dieses Problem stellt sich zumindest bei den in der Presse behandelten Fällen von behinderten Säuglingen nicht. Die Probleme liegen in ganz anderen Bereichen: in den gegenwärtigen Top-Technologien und in ihrer Nutzung.

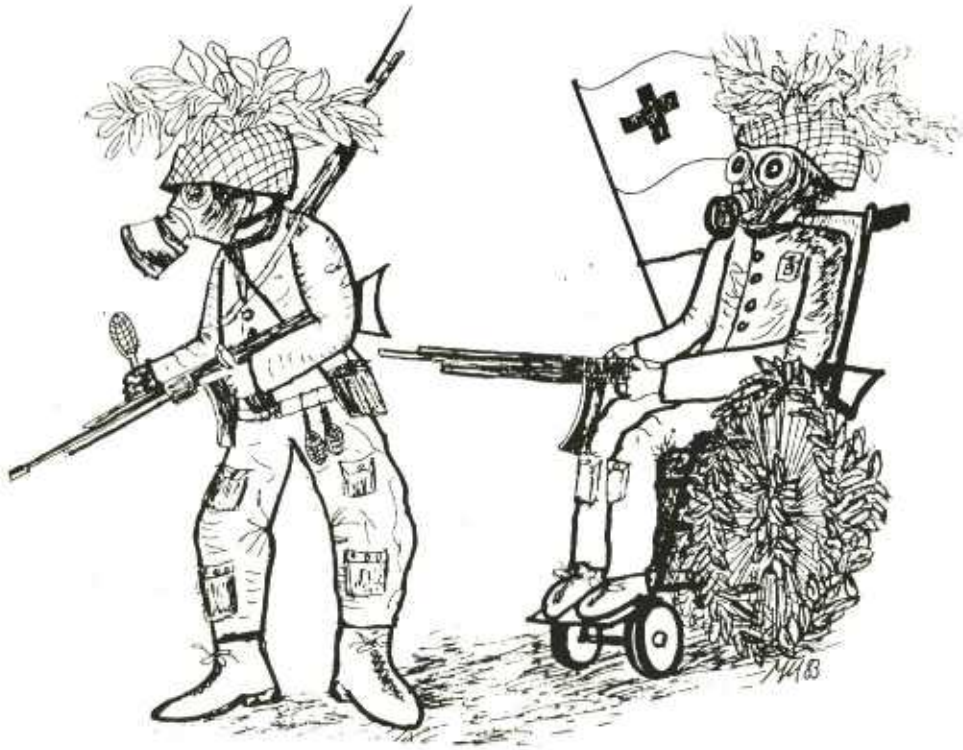
Gen-Technologie, Retortenbabyproduktion und Samenbänke sind hier als erste zu nennen. Bei der Produktion des leistungsstarken Menschen stören „Mißgeburten" eben. Deren Geburtenrate zu verringern, ist deshalb Ziel der neuen „technischen Möglichkeiten". „Wenn wir eine genetische Erkrankung diagnostizieren, raten wir der Mutter stets zur Unterbrechung der Schwangerschaft, um ihr die Möglichkeit zu geben, eine neue Schwangerschaft zu beginnen... und wenn es in einzelnen Fällen notwendig ist, führen wir die Mutter in eine Abteilung unseres Krankenhauses, wo sie mongoloide, geistig zurückgebliebene Kinder und solche mit genetisch bedingten Abnormitäten sehen kann." (Prof. Adamson, Professor für Gynäkologie und Geburtshilfe).

Auch an der Universitätsfrauenklinik Bonn konzentrieren sich die Untersuchungen auf die Erkennung von Mißbildungen. Mit den dortigen „leistungsfähigen" Ultraschallgeräten kann die Entfaltung der wichtigsten Organsysteme, etwa des Hirns, des Herzens, oder der Bauchorgane verfolgt werden. Auch die Stellung und Beweglichkeit der Extremitäten, von Händen und Füßen, lassen sich so genau ermitteln, daß fast immer zuverlässige Angaben über ihre Form und Funktion möglich sind. Die in Bonn in den letzten Jahren gesammelten Erfahrungen haben ergeben, daß immerhin bei 88 Prozent der mit Ultraschall festgestellten Anomalien, diese später als richtig bestätigt wurden", schreibt die FAZ am 21.12.83. Fast kann mensch es also bereits als Unachtsamkeit bezeichnen, werden Krüppelkinder heute überhaupt noch geboren.

In diesem Zusammenhang müssen die in der Presse auftauchenden Fälle gesehen werden. Mit der Beschreibung der „schweren Schädigungen" dieser mongoloiden Kinder wird Mitleid und Verständnis erzeugt, denn Leben als Behinderte/r wird hierzulande als nichtlebenswert und eben „trostlos" eingestuft.

Tatsächlich sind es jedoch hauptsächlich die sozialen Bedingungen, die Behindertsein zum Problem werden lassen, denn das Leben von Krüppeln in der Bundesrepublik ist geprägt von Aussonderung und Diskriminierung, einhergehend mit der Isolierung der Mütter, auf die letztendlich immer die Verantwortung abgewälzt wird. Und wer möchte ein solches Leben schon freiwillig führen? Erst recht mit der Perspektive, die dieses unser Land gegenwärtigen und zukünftigen „Sozialfällen" bietet...

THERESIA DEGENER



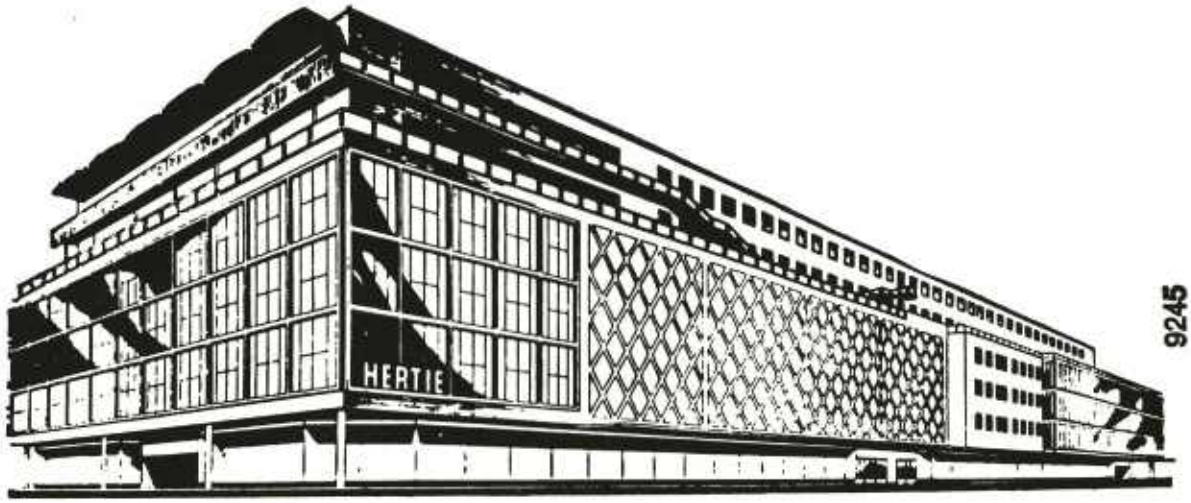
Das feldgraue Schweizer Rollstuhlfabrikat „SKS-Patriot" (getarnt)

Das ist unsere Reparaturwerkstatt für Fahrstühle und Elektrofahrstühle aller Art.

Stortz

IHR SANITÄTSHAUS

5000 Köln 1 · Fleischmengergasse 49-51
Telefon (0221) 235212



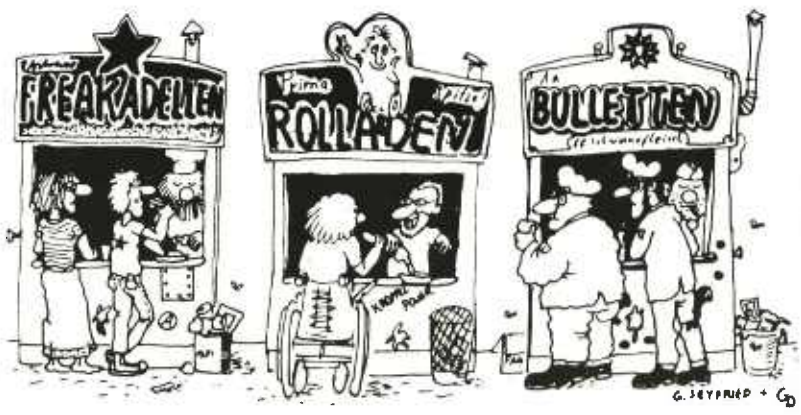
9245

HERTIE

Das fortschrittliche Warenhaus im Herzen von Köln

Alle Etagen rollstuhlgerecht!

BOABOABOABOABOABOABOABO



Die LUFTPUMPE garantiert das Recht, das ABO innerhalb von 8 Tagen zu widerrufen.

Also Leute, auch ich will die LUFTPUMPE regelmäßig haben und abonniere sie hiermit für 12 Monate.

Dafür habe ich 16,– DM

☐ auf das Postsch.-Konto Köln, Nr. 15 330/508 überwiesen,

☐ bzw. einen Scheck beigelegt.

Lieferung (auch rückwirkend) ab Ausg.:

Name

Anschrift

REDAKTION LUFTPUMPE · POHLMANSTR. 13 · 5000 KÖLN 60 Datum Unterschrift